



**Das Französische Gelbbuch von 1914  
[neunzehnhundertvierzehn]**

**Wegerer, Alfred von**

**Berlin, 1927**

VI. Abschnitt Deutschlands Kriegserklärung an Rußland (Sonabend, den 1. August, um 7:10 abend) und an Frankreich (Montag, den 3. August, um 6:45 abend).

---

[urn:nbn:de:hbz:466:1-74580](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-74580)

---

## VI. Abschnitt

### Kriegserklärung Deutschlands an Rußland

(Samstag den 1. August um 7 Uhr 10 nachmittags)

### und an Frankreich

(Montag den 3. August um 6 Uhr 45 nachmittags)

---

Nr. 120\*

*Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern,  
an die französischen Botschafter in London, St. Petersburg, Berlin,  
Wien und Rom*

Paris, den 1. August 1914

Zwei Schritte wurden gestern abend von den Botschaftern Österreichs unternommen, der eine ziemlich unbestimmter Natur in Paris, der andere bestimmter Art in Petersburg, und zwar in einem versöhnlichen Sinne.

Graf Szécsen kam zu mir, um mir zu erklären, die österreichisch-ungarische Regierung habe Rußland amtlich davon in Kenntnis gesetzt, daß sie keinerlei Absicht auf Gebietserwerbung habe und die staatliche Souveränität Serbiens nicht antasten werde, daß sie jede Absicht, den Sandschak zu besetzen, ebenfalls von sich weise; aber daß diese Erklärungen über ihr Desinteressement nur so lange ihre Gültigkeit behielten, als der Krieg zwischen Österreich und Serbien lokalisiert bleibe, während ein europäischer Krieg unabsehbare Möglichkeiten zeitigen würde. Der österreichische Botschafter erläuterte diese Erklärungen und gab zu verstehen, daß seine Regierung, wenn sie auf die Fragen der Mächte, die in ihrem eigenen Namen sprechen, nicht antworten könne, ohne Zweifel aber Serbien oder einer im Namen Serbiens sich nach ihren Bedingungen er-

---

\* Der Wortlaut dieses Telegramms wird angezweifelt. Vgl. Mathias Morhardt: „Les Preuves“, Paris 1924, deutsche Ausgabe, S. 260.

kundigenden Macht antworten könnte. Er fügte hinzu, daß da vielleicht noch eine Möglichkeit vorliege.

In Petersburg ist der österreichische Botschafter zu Herrn Sasonow gekommen und hat ihm erklärt, seine Regierung sei bereit, eine Besprechung der Grundlage des an Serbien gestellten Ultimatums zu eröffnen. Der russische Minister erklärte sich von dieser Erklärung befriedigt und machte den Vorschlag, die Verhandlungen möchten in London unter der Beteiligung der Mächte stattfinden. Herr Sasonow wird wohl die englische Regierung ersucht haben, die Leitung der Verhandlungen zu übernehmen; er wies darauf hin, daß es sehr wichtig wäre, daß Österreich seine Operationen in Serbien einstelle.

Aus diesen Tatsachen geht hervor, daß Österreich endlich zu einem Übereinkommen geneigt wäre, wie auch die russische Regierung bereit ist, auf der Grundlage des englischen Vorschlages in Unterhandlungen einzutreten.

Leider hat es den Anschein, als sollten diese Absichten, die auf eine friedliche Lösung hoffen ließen, an der Haltung Deutschlands scheitern. Diese Macht hat in der Tat der russischen Regierung ein Ultimatum gestellt, das dieser zwölf Stunden gibt, um in die Demobilisation einzuwilligen, nicht nur nach der deutschen, sondern auch nach der österreichischen Seite hin; um 12 Uhr mittags läuft die Frist ab. Das Ultimatum ist nicht gerechtfertigt, da Rußland den englischen Vorschlag, welcher ein Einstellen der militärischen Vorbereitungen aller Mächte in sich schließt, angenommen hat.

Die Haltung Deutschlands beweist, daß es den Krieg will. Und es will ihn gegen Frankreich. Als gestern Herr von Schoen am Quai d'Orsay vorsprach, um anzufragen, welche Haltung Frankreich im Falle eines russisch-deutschen Konfliktes einzunehmen gedenke, fügte der deutsche Botschafter, obgleich zwischen Frankreich und Deutschland direkt kein Konflikt besteht und obgleich wir seit Beginn der Krisis alle Anstrengungen zur Erzielung einer friedlichen Lösung gemacht haben und noch machen, dem hinzu, er bäte mich, dem Präsidenten der Republik seine Empfehlungen und seinen Dank zu übermitteln, und bat, man möge „Anordnungen für seine eigene Person“ treffen. Wir wissen auch, daß er das Botschaftsarchiv schon in Sicherheit gebracht hat. Diese Art Abbruch der diplomatischen Beziehungen, ohne direkten Konflikt und obgleich ihm keinerlei bestimmte verneinende Antwort gegeben worden ist, ist charakteristisch für den festen Willen Deutschlands, gegen Frankreich Krieg zu führen. Der Mangel an Aufrichtigkeit seiner Friedensbeteuerungen wird durch den Bruch bewiesen, den es Europa in dem Augenblicke aufdrängt, da die Unterhandlungen endlich von Österreich, im Einverständnis mit Rußland, angenommen waren.

René Viviani

Nr. 121

*Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten  
und Minister des Äußern*

Berlin, den 1. August 1914

Mein russischer Kollege erhielt gestern abend zwei Telegramme von Herrn Sasonow, worin ihm mitgeteilt wurde, der österreichische Botschafter in Petersburg habe erklärt, daß seine Regierung bereit sei, mit der russischen Regierung die Note an Serbien, selbst in ihren Grundlagen, zu erörtern; Herr Sasonow soll ihm geantwortet haben, daß diese Besprechungen seiner Ansicht nach in London stattfinden sollten.

Das Ultimatum an Rußland kann nur die letzten Friedensaussichten zerstören, die diese Besprechungen bestehen zu lassen schienen. Man darf sich fragen, ob unter solchen Umständen Österreichs Annahme ernsthaft war und nicht den Zweck hatte, die Verantwortlichkeit für den Konflikt Rußland aufzubürden.

Mein englischer Kollege hat in der Nacht einen dringenden Appell an die Menschlichkeitsgefühle des Herrn von Jagow gemacht. Dieser antwortete ihm, die Sache sei zu weit gediehen, und man müsse die russische Antwort auf das deutsche Ultimatum abwarten. Nun sagte er aber Sir E. Goschen, das Ultimatum fordere, daß die russische Mobilisation nicht bloß nach der deutschen Seite, sondern auch nach der österreichischen Seite hin rückgängig gemacht werde. Mein englischer Kollege äußerte lebhaftes Erstaunen darüber und erklärte ihm, daß dieser letztere Punkt für Rußland unannehmbar scheine.

Deutschlands Ultimatum, das genau in der Stunde dazwischentritt, wo es zu einer Verständigung zwischen Wien und St. Petersburg zu kommen scheint, ist bedeutsam für seine kriegerische Politik.

Der Konflikt bestand tatsächlich nur zwischen Rußland und Österreich, da Deutschland nur als Verbündeter Österreichs zu intervenieren hatte. Unter diesen Umständen ist es, da doch die beiden hauptsächlich beteiligten Mächte zu Unterhandlungen geneigt waren, unbegreiflich, daß Deutschland, wenn es nicht den Krieg auf seine eigene Rechnung wünschte, an Rußland ein Ultimatum richtet, statt wie alle anderen Mächte fortzufahren, an einer friedlichen Lösung zu arbeiten. Jules Cambon

Nr. 122

*Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern,  
an die französischen Botschafter in London und Berlin, sowie an  
den französischen Gesandten in Brüssel*

Paris, den 1. August 1914

Der englische Botschafter kam im Auftrage seiner Regierung zu mir und fragte mich, welches im Falle eines Konfliktes mit Deutschland die Haltung der französischen Regierung gegenüber Belgien sein würde.

Ich habe erklärt, daß wir, wie wir der belgischen Regierung bereits mehrmals wiederholt hätten, Belgiens Neutralität zu achten gewillt seien. Einzig in dem Falle, daß diese Neutralität durch eine andere Macht verletzt würde, könnte sich Frankreich, um seinen Verpflichtungen als Garantiemacht nachzukommen, veranlaßt sehen, in belgisches Gebiet einzudringen.

René Viviani

Nr. 123

*Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten  
und Minister des Äußern*

Berlin, den 1. August 1914

Der britische Botschafter ist von seiner Regierung beauftragt worden, bei der deutschen Regierung den gleichen Schritt mit Bezug auf Belgiens Neutralität zu tun, wie er bei Ihnen unternommen wurde.

Herr von Jagow hat ihm geantwortet, er werde Weisungen vom Kaiser und vom Kanzler einholen, doch bezweifle er, daß eine Antwort erteilt werden könne, denn Deutschland könne seine militärischen Pläne nicht auf diese Weise enthüllen. Der britische Botschafter wird morgen im Laufe des Nachmittags nochmals bei Herrn von Jagow vorsprechen.

Jules Cambon

Nr. 124

*Herr Barrère, französischer Botschafter in Rom,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten  
und Minister des Äußern*

Rom, den 1. August 1914

Ich war heute morgen um 8½ Uhr beim Marquis di San Giuliano, um von ihm in einer bestimmten Weise zu erfahren, welches die Haltung Italiens angesichts der herausfordernden Handlungen Deutschlands und der Folgen, die daraus entstehen können, sein werde.

Der Minister des Äußern antwortete mir, er habe gestern abend den Besuch des deutschen Botschafters erhalten. Herr von Flotow habe ihm gesagt, Deutschland habe die russische Regierung aufgefordert, ihre Mobilisation einzustellen, und die französische Regierung um Aufschluß ersucht, was sie zu tun gedenke; Deutschland habe Frankreich eine Frist von achtzehn Stunden und Rußland eine solche von zwölf Stunden für die Antwort gegeben.

Herr von Flotow hat im Verfolg dieser Mitteilung die Frage gestellt, welches die Absichten der italienischen Regierung seien.

Der Marquis di San Giuliano hat geantwortet, daß sich Italien am Kriege nicht beteiligen könne, da der von Österreich unternommene Krieg, namentlich im Hinblick auf die nach den Worten des deutschen Botschafters möglicherweise daraus entstehenden Folgen, den Charakter eines Angriffskrieges habe und deshalb dem rein defensiven Charakter des Dreibundes nicht entspreche.

Barrère

Nr. 125

*Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Außern,  
an die französischen Botschafter in London, St. Petersburg, Berlin,  
Wien, Rom, Madrid und Konstantinopel*

Paris, den 1. August 1914

Der deutsche Botschafter ist heute morgen um 11 Uhr wieder zu mir gekommen. Nachdem ich ihn an all die Anstrengungen erinnert hatte, die von Frankreich zum Zwecke einer ehrenvollen Beilegung des österreichisch-serbischen Konfliktes und des daraus zwischen Österreich und Rußland entstandenen Zwistes fortwährend gemacht wurden, setzte ich ihn von den seit gestern fortgesetzten Unterhandlungen in Kenntnis:

1. Englischer Vergleichsvorschlag, der unter anderem seitens Rußlands die Einstellung der militärischen Vorbereitungen vorsieht, unter der Bedingung, daß die anderen Mächte dasselbe tun; Zustimmung Rußlands zu diesem Vorschlag;

2. Mitteilungen der österreichischen Regierung, sich weder in Serbien vergrößern, noch auch nur in den Sandschak eindringen zu wollen, und in London mit den anderen Mächten den Kern selbst der österreichisch-serbischen Frage zu erörtern.

Dem habe ich die Haltung Deutschlands gegenübergestellt, das unter Aufgabe jeglicher Unterhandlung Rußland in dem Augenblicke, wo diese Macht die englische Formel angenommen hatte (welche die Einstellung der militärischen Vorbereitungen aller Länder, die mobilisiert haben, einschließt) ein Ultimatum stellte und den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Frankreich als unmittelbar bevorstehend betrachtete.

Baron von Schoen antwortete mir, er habe keine Kenntnis von den Entwicklungen, die diese Frage seit vierundzwanzig Stunden genommen habe, es sei darin vielleicht ein „Hoffnungsschimmer“ für eine Verständigung zu erblicken, er habe keine neue Mitteilung von seiner Regierung erhalten; er werde sich erkundigen. Er beteuerte von neuem die Aufrichtigkeit seines Wunsches, seine Anstrengungen mit denjenigen Frankreichs zu vereinigen, um eine Lösung des Konfliktes herbeizuführen. Ich

legte Nachdruck auf die schwere Verantwortung, die die kaiserliche Regierung übernehmen würde, wenn sie unter solchen Umständen Schritte täte, die nicht gerechtfertigt und solcher Art wären, daß sie den Frieden unrettbar gefährden würden.

Baron von Schoen hat nicht mehr auf seine sofortige Abreise angespielt und mich auch nicht mehr aufgefordert, auf seine Frage betreffend die Haltung Frankreichs im Falle eines österreichisch-russischen Konfliktes zu antworten. Er beschränkte sich darauf, von sich aus zu sagen, daß sie nicht zweifelhaft sei.

Es ist durchaus nicht angezeigt, die Möglichkeiten zu überschätzen, die sich aus meiner Unterhaltung mit dem deutschen Botschafter ergeben können, denn die kaiserliche Regierung setzt ihrerseits die bedrohlichsten Vorbereitungen an unserer Grenze fort. Doch darf man sie nicht außer acht lassen, und wir dürfen nicht aufhören, auf eine Verständigung hinzuwirken. Frankreich greift seinerseits zu allen militärischen Maßnahmen, die geeignet sind, es gegen einen zu großen Vorsprung der deutschen militärischen Vorbereitungen zu sichern. Es ist der Ansicht, daß seine Verständigungsversuche nur soweit Erfolg haben werden, als man es bereit und entschlossen weiß, wenn der Kampf ihm aufgezwungen werden sollte.

René Viviani

Nr. 126

*Herr Paul Cambon, französischer Botschafter in London,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten  
und Minister des Außern*

London, den 1. August 1914

Sir Edward Grey hat mir gesagt, im Ministerrate von heute morgen habe das Kabinett die Lage neuerdings beraten. Nachdem Deutschland von England eine Neutralitätserklärung verlangt und nicht erhalten habe, behalte die britische Regierung ihre Bewegungsfreiheit und diese könnte in verschiedenen Möglichkeiten zum Ausdruck kommen.

Erstens ist England an der belgischen Neutralität sehr viel gelegen. Frankreich hat sich neuerdings sofort verpflichtet, sie zu achten. Deutschland hat die Erklärung abgegeben, es sei „nicht imstande zu antworten“. Sir Ed. Grey wird diese Antwort dem Kabinett unterbreiten und die Ermächtigung erbitten, am Montag im Unterhause zu erklären, daß die britische Regierung eine Verletzung der belgischen Neutralität nicht dulden wird.

Zweitens sind die englischen Geschwader mobilisiert, und Sir Ed. Grey wird seinen Kollegen vorschlagen, zu erklären, daß sie sich der Durchfahrt der deutschen Geschwader durch den Kanal oder, wenn sie dazu kämen sie zu passieren, jeder Demonstration an der französischen

Küste widersetzen werden. Der Ministerrat vom Montag wird diese beiden Fragen behandeln; ich habe dem Ersten Staatssekretär bemerkt, man solle sich, wenn sich inzwischen irgendein Zwischenfall ereignen sollte, nicht überraschen lassen, man müsse daran denken, rechtzeitig zu intervenieren.

Paul Cambon

Nr. 127

*Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern,  
an Herrn Paul Cambon, französischen Botschafter in London*

Paris, den 1. August 1914

Wir werden von verschiedenen Seiten benachrichtigt, daß die deutsche und die österreichische Regierung in diesem Augenblicke versuchen, auf England dadurch Eindruck zu machen, daß sie es glauben machen, die Verantwortung für den Krieg werde, wenn er ausbreche, auf Rußland fallen. Man bemüht sich, die Neutralität Englands zu erlangen, indem man die Wahrheit entstellt.

Frankreich hat nicht aufgehört, im Einverständnis mit England in Petersburg zur Mäßigung zu raten; diese Ratschläge haben Gehör gefunden.

Von Anfang an hat Herr Sasonow einen Druck auf Serbien ausgeübt, damit es alle die Klauseln des Ultimatus annehme, die mit seiner Souveränität vereinbar seien.

Er hat sich alsdann mit Österreich in eine direkte Besprechung eingelassen, die ein erneuter Beweis seiner versöhnlichen Gesinnung war. Schließlich hat er eingewilligt, es den am wenigsten beteiligten Mächten zu überlassen, Mittel und Wege zur Schlichtung des Konfliktes zu suchen.

Gemäß dem ihm von Sir G. Buchanan ausgedrückten Wunsche hat Herr Sasonow eingewilligt, die erste von ihm aufgestellte Formel abzuändern, und eine zweite abgefaßt, die nicht wesentlich von den Erklärungen, die gestern dem Herrn de Margerie vom Grafen Szécsen abgegeben wurden, abweicht. Dieser versichert, Österreich hege keinerlei Absicht auf Gebiets-erwerbung und wolle die Souveränität Serbiens nicht antasten. Er fügt ausdrücklich hinzu, daß Österreich durchaus keine Absichten auf den Sandschak Novi-Basar habe.

Es könnte somit scheinen, als wäre es ein leichtes, zwischen der Anregung des Sir Edward Grey, der Formel des Herrn Sasonow und den Erklärungen Österreichs eine Einigung zu erzielen.

Frankreich ist entschlossen, mit England bis ans Ende an der Verwirklichung dieser Einigung zu arbeiten.

Aber während man unterhandelte und Rußland in der Unterhandlung einen unbestreitbaren guten Willen zeigte, ist Österreich zuerst zu einer allgemeinen Mobilisation geschritten\*.

\* Die Angabe trifft nicht zu.

Die Anordnung der allgemeinen Mobilmachung Österreichs erfolgte mittels eines Allerhöchsten Befehlschreibens, datiert Wien, am 31. Juli, abgesandt Wien, 31. Juli



Rußland sah sich gezwungen, es nachzumachen, um sich nicht in einem Zustand der Unterlegenheit zu befinden, ist aber immer bereit, zu unterhandeln.

Ich brauche nicht zu wiederholen, daß wir, was uns anbelangt, fortfahren werden, mit England am Erfolge dieser Verhandlungen zu arbeiten.

Aber die Haltung Deutschlands hat uns in die absolute Zwangslage versetzt, heute den Mobilisationsbefehl zu erlassen.

Lange vor der russischen Mobilisation, bereits am letzten Mittwoch, hatte mir Herr von Schoen, wie ich es Ihnen schon telegraphiert habe, die bevorstehende Veröffentlichung des „Kriegsgefahrzustandes“ angekündigt. Diese Maßregel ist von Deutschland ergriffen worden, und es hat unter dem Schutze dieses Vorhangs sogleich mit seiner eigentlichen Mobilisation begonnen\*.

Heute telegraphierte Herr Paléologue\*\*, Graf von Pourtalès habe die russische Regierung von der deutschen Mobilisation in Kenntnis gesetzt.

Dem Kriegsministerium zugegangene Meldungen bestätigen, daß diese Mobilisation tatsächlich in vollem Gange ist.

Unser Mobilisationsbefehl ist also im wesentlichen eine Maßnahme der Selbsterhaltung. Die Regierung hat dazu eine vom Präsidenten der Republik und von allen Ministern unterzeichnete Proklamation erlassen, in der sie erklärt, daß die Mobilisation nicht der Krieg ist, daß sie unter den gegenwärtigen Umständen für Frankreich das beste Mittel für die Erhaltung des Friedens sei, und daß die Regierung der Republik ihre Bemühungen verdoppeln werde, um die Unterhandlungen zum Ziele zu führen.

Wollen Sie alle diese Angaben dringlichst Sir Ed. Grey übermitteln und ihm bemerken, daß wir es uns beständig haben angelegen sein lassen, keinerlei Akt der Herausforderung zu begehen.

Ich bin überzeugt, daß, sollte der Krieg ausbrechen, die öffentliche Meinung Englands deutlich erkennen wird, von welcher Seite der Angriff kommt, und daß sie die so schwerwiegenden, von uns an Sir Ed. Grey mitgeteilten Gründe begreifen wird, die uns eine bewaffnete Intervention Englands im Interesse der Zukunft des europäischen Gleichgewichts fordern ließen.

René Viviani

1914 um 11 Uhr 30 Minuten vormittags. S. Heft II des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Militärische Rüstungen und Mobilmachungen, Anlage 44, S. 86.

Die allgemeine russische Mobilmachung wurde am 17./30. Juli 1914 zwischen 3 und 4 Uhr nachmittags endgültig angeordnet. Vgl. „Der Beginn des Krieges 1914. Tagesaufzeichnungen des ehemaligen Russischen Außenministeriums.“ Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte, Berlin 1924, S. 28f.

\* Die Maßnahmen, die von Deutschland beim Zustand drohender Kriegsgefahr („Kriegsgefahrzustand“) getroffen worden sind, betrafen nicht die eigentliche Mobilmachung. Siehe „Zustand drohender Kriegsgefahr“, Die Kriegsschuldfrage, Januarheft 1926.

\*\* Das Telegramm ist im französischen Gelbbuch 1914 nicht enthalten.

Nr. 128

*Herr Mollard, französischer Gesandter in Luxemburg,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten  
und Minister des Äußern*

Luxemburg, den 1. August 1914

Der Staatsminister beauftragt mich, von der französischen Regierung eine Versicherung der Neutralität zu verlangen, ähnlich derjenigen, die Belgien gegeben worden ist. Herr Eyschen hat mir erklärt, daß, nachdem der französische Gesandte in Brüssel die in Frage stehende Erklärung dem Ministerpräsidenten der belgischen Regierung abgegeben habe, nach seiner Ansicht das gleiche Vorgehen im gegenwärtigen Augenblicke auch gegenüber dem Großherzogtum angebracht sein dürfte.

Deshalb hat er davon abgesehen, das Ansuchen unmittelbar an die Regierung der Republik zu richten. Da die Abgeordnetenkammer am Montag zusammentritt, wünscht Herr Eyschen, an diesem Tage im Besitze der Antwort zu sein; ein ähnlicher Schritt ist gleichzeitig beim deutschen Gesandten in Luxemburg gemacht.

Mollard

Nr. 129

*Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern,  
an Herrn Mollard, französischen Gesandten in Luxemburg*

Paris, den 1. August 1914

Wollen Sie dem Ministerpräsidenten erklären, daß die Regierung der Republik gemäß dem Londoner Vertrag von 1867 die Neutralität des Großherzogtums Luxemburg zu achten gewillt ist, wie sie es durch ihre Haltung bewiesen hat.

Die Verletzung dieser Neutralität durch Deutschland würde allerdings Frankreich zwingen, sich in dieser Beziehung künftig von der Sorge um seine Verteidigung und seine Interessen leiten zu lassen.

René Viviani

Nr. 130

*Herr Jules Cambon, französischer Botschafter in Berlin,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten  
und Minister des Äußern*

Berlin, den 1. August 1914

In den Straßen Berlins werden Extrablätter mit der Ankündigung verteilt, daß die allgemeine Mobilisation des Heeres und der Flotte angeordnet und der erste Mobilisationstag Sonntag der 2. August sei.

Jules Cambon

157

Nr. 130a

*Der König von England  
an den Präsidenten der französischen Republik,  
Herrn Raymond Poincaré\**

Buckingham Palace, den 1. August 1914

Lieber und großer Freund!

Ich schätze die Empfindungen, die Sie dazu trieben, mir so herzlich und so freundschaftlich zu schreiben, und ich bin Ihnen dankbar, daß Sie mir Ihre Ansichten so ganz und offen auseinandergesetzt haben. Sie können versichert sein, daß die gegenwärtige Situation in Europa für mich eine Ursache großen Kummers und Sorge gewesen ist und ich bin glücklich, wenn ich denke, daß unsere beiden Regierungen so freundschaftlich zusammen gearbeitet haben, um sich Mühe zu geben, eine friedliche Lösung in den strittigen Fragen zu finden. Es würde für uns eine Quelle wirklicher Befriedigung sein, wenn unsere vereinigten Anstrengungen zum Ziele führen würden, und ich hege noch immer die Hoffnung, daß die schrecklichen Ereignisse, die so nahe scheinen, abgewendet werden können. Ich bewundere die Beschränkung, die Sie und Ihre Regierung ausgeübt haben, indem Sie sich enthielten, an der Grenze ungehörige militärische Maßnahmen zu treffen, und indem Sie eine Haltung annahmen, die in keiner Weise und keiner Beziehung wie eine Herausforderung ausgelegt werden kann. Ich gebe mir persönlich bei den Kaisern von Rußland und Deutschland die größte Mühe, um Mittel zu finden, mit deren Hilfe die augenblicklichen militärischen Operationen aufgeschoben werden können und Zeit für eine ruhige Auseinandersetzung unter den Mächten gewonnen werden kann. Ich habe die Absicht, meine Anstrengungen unaufhörlich fortzusetzen, so lange Hoffnung auf eine gütliche Verständigung bleibt. Was die Haltung meines Landes anbetrifft, so wechseln die Ereignisse so schnell, daß es schwer ist, künftige Entwicklungen vorauszusehen. Aber Sie können sicher sein, daß meine Regierung weiter jeden Punkt mit Herrn Cambon frei und offen erörtern wird, der unsere Wünsche ans Ziel bringt und das Interesse für unsere beiden Nationen vertritt. Glauben Sie mir, Herr Präsident, daß ich Ihr aufrichtiger Freund bin.

George R. I.

Nr. 131

*Herr Eyschen, luxemburgischer Staatsminister,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten  
und Minister des Außen*

Luxemburg, den 2. August 1914

Ich habe die Ehre, die folgenden Vorgänge zur Kenntnis Eurer Exzellenz zu bringen. Nach den der großherzoglichen Regierung bis jetzt

\* Veröffentlicht bei Raymond Poincaré: „Les Origines de la Guerre“ a. a. O. S. 275 f.

zugegangenen Meldungen sind Sonntag den 2. August in aller Frühe die deutschen Truppen über die Brücken von Wasserbillig und Remich auf luxemburgisches Gebiet eingedrungen, indem sie ihre Richtung besonders gegen den Süden des Landes und gegen die Stadt Luxemburg, die Hauptstadt des Großherzogtums, nahmen; eine gewisse Anzahl Panzerzüge mit Truppen und Munition sind auf der Eisenbahnlinie von Wasserbillig nach Luxemburg befördert worden, wo man deren Ankunft jeden Augenblick gewärtigt.

Diese Vorfälle verstoßen offenkundig gegen die durch den Londoner Vertrag von 1867 garantierte Neutralität des Großherzogtums. Die luxemburgische Regierung hat nicht verfehlt, bei den Vertretern S. M. des Deutschen Kaisers in Luxemburg energisch gegen diesen Angriff zu protestieren; ein gleicher Protest wird sogleich dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in Berlin telegraphisch übermittelt werden.

Der Staatsminister, Präsident der Regierung,  
Eyschen

Nr. 132

*Herr Mollard, französischer Gesandter in Luxemburg,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten  
und Minister des Äußern*

Luxemburg, den 2. August 1914

Der Staatsminister von Luxemburg, Herr Eyschen, hat soeben durch Vermittlung des deutschen Gesandten in Luxemburg, Herrn von Buch, ein Telegramm des deutschen Reichskanzlers Bethmann Hollweg erhalten, wonach die von Deutschland in Luxemburg getroffenen militärischen Maßnahmen keine feindliche Handlung gegen dieses Land bedeuten sollen, sondern einzig dazu bestimmt seien, den Betrieb der an das Reich verpachteten Eisenbahnen gegen den etwaigen Angriff einer französischen Armee zu sichern. Luxemburg soll für die etwaigen Schäden vollständig entschädigt werden.

Mollard

Nr. 133

*Note, überreicht vom deutschen Botschafter*

Paris, den 2. August 1914

Der deutsche Botschafter beehrt sich, soeben erhaltenem Auftrage gemäß, dem Ministerium des Äußern mitzuteilen, daß die von Deutschland im Großherzogtum Luxemburg getroffenen militärischen Maßnahmen

keinen Akt der Feindseligkeit bedeuten. Sie sind als bloße Vorbeugungsmaßnahmen zum Schutze der Eisenbahnen zu betrachten, die infolge der zwischen Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg bestehenden Verträge unter deutscher Verwaltung stehen.

von Schoen

Nr. 134

*Herr Paléologue, französischer Botschafter in St. Petersburg,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten  
und Minister des Äußern*

Petersburg, den 2. August 1914

Der deutsche Botschafter hat gestern abend um 7 Uhr 10 Herrn Sasonow die Kriegserklärung seiner Regierung überreicht; er verläßt heute Petersburg.

Der österreichisch-ungarische Botschafter hat keine Weisungen seiner Regierung für die Kriegserklärung erhalten.

Paléologue

Nr. 135

*Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern,  
an die Herren Vertreter Frankreichs im Auslande*

Paris, den 2. August 1914

Der russische Botschafter teilt mir mit, daß Deutschland soeben Rußland den Krieg erklärt habe und zwar trotz der schwebenden Unterhandlungen, und in dem Augenblicke, wo Österreich-Ungarn einwilligte, mit den Mächten über den eigentlichen Kern seines Konfliktes mit Serbien zu verhandeln.

René Viviani

Nr. 136

*Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern,  
an die französischen Botschafter in London, St. Petersburg, Berlin,  
Wien, Rom, Madrid und Konstantinopel*

Paris, den 2. August 1914

Das französische Gebiet ist heute morgen von den deutschen Truppen in Cirey und bei Longwy verletzt worden. Sie marschieren gegen die Festung, die den letzteren Namen trägt. Andererseits wurde der Zollposten

in Delle durch eine Doppelsalve angegriffen. Endlich haben die deutschen Truppen heute morgen auch das neutrale Gebiet Luxemburgs verletzt.

Sie wollen diese Mitteilungen unverzüglich dazu benutzen, um feststellen zu lassen, wie die deutsche Regierung ohne Herausforderung durch uns und ohne vorgängige Kriegserklärung gegen Frankreich feindselige Handlungen unternimmt, während wir die Zehnkilometerzone gewissenhaft geachtet haben, die wir sogar nach der Mobilisation zwischen unseren Truppen und der Grenze aufrecht erhalten haben. René Viviani

Nr. 137

*Herr Paul Cambon, französischer Botschafter in London,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten  
und Minister des Äußern*

London, den 2. August 1914

Nach Schluß des heute morgen abgehaltenen Ministerrates hat mir Sir Ed. Grey folgende Erklärung gemacht:

„Ich bin ermächtigt, die Zusicherung zu geben, daß die britische Flotte, falls die deutsche Flotte zwecks kriegerischer Unternehmungen gegen die französische Küste oder die französische Handelsflotte in den Ärmelkanal eindringen oder die Nordsee durchqueren will, allen in ihrer Macht stehenden Schutz gewähren wird.

Diese Zusicherung wird selbstverständlich unter dem Vorbehalte gegeben, daß die Politik der Regierung Seiner Majestät vom Britischen Parlament genehmigt werde, und darf nicht so ausgelegt werden, als zwingt sie Seiner Majestät Regierung zu handeln, bevor die obenerwähnte Möglichkeit einer Aktion der deutschen Flotte eingetreten ist.“

Indem der leitende Staatssekretär dann auf die Neutralität Belgiens und diejenige Luxemburgs zu sprechen kam, wies er darauf hin, daß das Abkommen vom Jahre 1867 betreffend das Großherzogtum sich von dem auf Belgien bezüglichen Vertrag dadurch unterscheidet, daß England gehalten sei, auch ohne den Beistand der anderen Garantiemächte dafür zu sorgen, daß das letztgenannte Abkommen geachtet werde, während für Luxemburg alle Garantiemächte gemeinsam handeln müßten.

Die Wahrung der belgischen Neutralität wird hier als so wichtig angesehen, daß England ihre Verletzung durch Deutschland als einen casus belli betrachten würde. Es handelt sich dabei um ein eigentlich englisches Interesse, und es ist nicht zu bezweifeln, daß die britische Regierung, getreu den Überlieferungen ihrer Politik, es mit Entschiedenheit verfechten wird, selbst wenn die Geschäftswelt, in der der deutsche Einfluß hartnäckige Anstrengungen macht, es versuchen sollte, einen Druck auszuüben, um die Regierung zu verhindern, gegen Deutschland Stellung zu nehmen.

Paul Cambon

Nr. 138

*Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern,  
an Herrn Paul Cambon, französischen Botschafter in London*

Paris, den 2. August 1914

Ich nehme Vormerkung von den Meldungen, die in Ihren Telegrammen vom 27., 30., 31. Juli und 1. August und in demjenigen, das Sie mir heute geschickt haben, enthalten sind.

Wenn ich der Kammer die Erklärung zur Kenntnis bringen werde, die Ihnen Sir Ed. Grey abgegeben hat und deren Wortlaut in Ihrem letzten Telegramm enthalten ist, werde ich hinzufügen, daß wir dadurch von Großbritannien einen ersten Beistand erhalten haben, dessen Wert für uns kostbar ist.

Ich habe mir zudem vorgenommen, mitzuteilen, daß der Beistand, den Großbritannien Frankreich zum Schutze der französischen Küsten oder französischen Handelsflotte zu gewähren beabsichtigt, sich so gestalten würde, daß unsere Kriegsmarine im Falle eines französisch-deutschen Konfliktes von der englischen Flotte wie in der Nordsee und im Ärmelkanal so auch im Atlantischen Ozean unterstützt werden würde. Ich würde außerdem bemerken, daß die englischen Häfen der deutschen Flotte nicht als Verproviantierungspunkte dienen könnten.

René Viviani

Nr. 139

*Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern,  
an Herrn Jules Cambon, französischen Botschafter in Berlin*

Paris, den 2. August 1914

Da die deutschen Truppen heute an mehreren Punkten unsere Ostgrenze verletzt haben, bitte ich Sie, unverzüglich bei der deutschen Regierung schriftlich Einspruch zu erheben. Sie wollen sich dabei an die folgende Note halten, die ich wegen der Unsicherheit der Verbindung zwischen Paris und Berlin direkt an den deutschen Botschafter gerichtet habe:

„Die französischen Verwaltungs- und Militärbehörden des Ostgebietes haben soeben mehrere Vorfälle gemeldet, die ich der Kaiserlichen Regierung zur Kenntnis zu bringen den Botschafter der Republik in Berlin beauftragt habe.

Der eine hat sich in Delle, in der Gegend von Belfort, zugetragen. Zu zwei Malen war der in dieser Ortschaft stehende französische Zollposten das Ziel einer Salve seitens einer Abteilung deutscher Soldaten. Im Norden von Delle haben am heutigen Morgen zwei deutsche Patrouillen vom 5. Jägerregiment zu Pferd die Grenze überschritten und sind mehr als 10 Kilometer weit von der Grenze bis zu den Dörfern Joncherey und

Baron vorgedrungen. Der Offizier, der die erste befehligte, hat einen französischen Soldaten erschossen. Die deutschen Reiter haben Pferde weggenommen, die der französische Gemeindevorsteher von Suarce eben sammeln wollte, und die Einwohner der Gemeinde gezwungen, die genannten Pferde zu führen.

Der Botschafter der Republik in Berlin ist beauftragt worden, bei der Kaiserlichen Regierung in aller Form gegen Vorkommnisse Einspruch zu erheben, die eine ausgeprägte Grenzverletzung durch bewaffnete deutsche Truppen darstellen, und die bei der gegenwärtigen Lage durch nichts gerechtfertigt werden. Die Regierung der Republik kann nur der Kaiserlichen Regierung die volle Verantwortung für diese Handlungen überlassen.“

René Viviani

Nr. 140

*Herr Marcellin Pellet, französischer Gesandter in Haag,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten  
und Minister des Äußern*

Haag, den 3. August 1914

Der deutsche Gesandte hat sich gestern zum Minister des Äußern begeben, um ihm die Notwendigkeit zu erklären, in der sich Deutschland, wie er sagte, befunden habe, die Neutralität Luxemburgs zu verletzen, und hinzugefügt, er werde ihm heute eine weitere Mitteilung zu machen haben. In der Tat hat er heute morgen gemeldet, deutsche Truppen seien in Belgien einmarschiert, um, wie er sagte, eine Besetzung dieses Landes durch Frankreich zu verhindern.

Pellet

Nr. 141

*Herr Klobukowski, französischer Gesandter in Brüssel,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten  
und Minister des Äußern*

Brüssel, den 3. August 1914

Der deutsche Gesandte hat gestern abend der belgischen Regierung ein Ultimatum überreicht, in dem gesagt ist, daß seine Regierung, nachdem sie vernommen habe, daß die Franzosen sich zu Operationen in den Gebieten von Givet und Namur vorbereiteten, sich gezwungen sehe, Maßnahmen zu ergreifen, deren erste die sei, die belgische Regierung einzuladen, sie binnen sieben Stunden wissen zu lassen, ob sie geneigt sei, ihr in Belgien die militärischen Operationen gegen Frankreich zu erleichtern. Im Falle der Weigerung würden die Waffen entscheiden.



Die Regierung des Königs hat geantwortet, daß die Mitteilungen über die französischen Bewegungen ihr im Hinblick auf die ausdrücklichen Zusicherungen, die Frankreich erst ganz kürzlich abgegeben habe, ungenau erschienen; daß Belgien, das seit seiner Gründung sich bemüht habe, den Schutz seiner Würde und seiner Interessen zu sichern und alle seine Anstrengungen der friedlichen Entwicklung des Fortschrittes gewidmet habe, nachdrücklich gegen jede Verletzung seines Gebietes, woher sie auch komme, protestiere und daß es, wenn dieser Fall eintreten sollte, seine Neutralität, die von den Mächten und namentlich vom König von Preußen gewährleistet sei, energisch zu verteidigen wissen werde.

Klobukowski

Nr. 142

*Herr Klobukowski, französischer Gesandter in Brüssel,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten  
und Minister des Äußern*

Brüssel, den 3. August 1914

Auf die dem Minister des Äußern von mir gegebene Versicherung, daß Frankreich, wenn Belgien gegenüber der Verletzung seiner Neutralität durch Deutschland die Garantie der Mächte anrufen sollte, diesem Rufe sofort Folge leisten würde, hat mir dieser geantwortet:

„Recht herzlich danken wir der Regierung der Republik für die etwaige Hilfe, die sie uns anbieten könnte, aber unter den gegenwärtigen Umständen rufen wir die Garantie der Mächte nicht an. Die Regierung des Königs wird später erwägen, was zu tun sein wird.“

Klobukowski

Nr. 143

*Herr Paul Cambon, französischer Botschafter in London,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten  
und Minister des Äußern*

London, den 3. August 1914

Sir Ed. Grey hat mich ermächtigt, Ihnen mitzuteilen, Sie könnten dem Parlamente eröffnen, er werde dem Unterhause über die gegenwärtige Haltung der britischen Regierung Erklärungen abgeben, deren hauptsächlichste die folgende sein werde:

„Falls das deutsche Geschwader den Kanal durchqueren oder die Nordsee hinauffahren sollte, um die britischen Inseln zu umfahren, in der Absicht, die französischen Küsten oder die französische Kriegsflotte anzugreifen und die französische Handelsflotte zu beunruhigen, so würde das

englische Geschwader eingreifen, um der französischen Marine seinen vollen Schutz angedeihen zu lassen, so daß von diesem Augenblicke an England und Deutschland sich im Kriegszustande befinden würden.“

Sir Ed. Grey hat mich darauf hingewiesen, daß die Erwähnung einer Operation durch die Nordsee hinauf den Schutz gegen eine Unternehmung im Atlantischen Ozean in sich schließe.

Die Erklärung betreffend das Eingreifen der englischen Flotte soll für die englische Regierung als bindend betrachtet werden. Sir Ed. Grey hat mich dessen versichert und hinzugefügt, daß die französische Regierung dadurch in der Lage sei, den Kammern davon Kenntnis zu geben.

Bei meiner Rückkehr in die Botschaft habe ich von Ihrer telephonischen Mitteilung des an Belgien gerichteten deutschen Ultimatums Kenntnis erhalten. Ich habe sogleich Sir Ed. Grey davon unterrichtet.

Paul Cambon

Nr. 144

*Herr Paul Cambon, französischer Botschafter in London,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten  
und Minister des Äußern*

London, den 3. August 1914

In dem Augenblick, als sich Sir Ed. Grey heute morgen in den Ministerrat begab, kam mein deutscher Kollege, der ihn schon gestern gesehen hatte, zu ihm, und bat ihn inständig, ihm zu erklären, daß Englands Neutralität nicht von der Achtung der belgischen Neutralität abhängt. Sir Ed. Grey hat jede Unterhaltung über diesen Gegenstand abgelehnt.

Der deutsche Botschafter hat an die Presse eine Mitteilung gerichtet, die besagt, daß Deutschland auf jegliche Unternehmung zur See verzichten und sich der belgischen Küste nicht als Stützpunkt bedienen werde, wenn England neutral bleibe. Ich lasse antworten, daß die Achtung der Küsten nicht die Achtung der Neutralität des Gebietes sei, und daß das deutsche Ultimatum bereits eine Verletzung dieser Neutralität sei.

Paul Cambon

Nr. 145

*Herr Paul Cambon, französischer Botschafter in London,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten  
und Minister des Äußern*

London, den 3. August 1914

Sir Ed. Grey hat die Erklärung betreffend die Intervention der englischen Flotte abgegeben; er hat in Würdigung der Ereignisse die Erklärung,

die er über die belgische Neutralität zu machen beabsichtigt hatte, präzisiert; und die Vorlesung eines Schreibens des Königs Albert, der um die englische Unterstützung bittet, hat die Versammlung lebhaft bewegt.

Die Kammer wird heute abend über die geforderten Kredite abstimmen; von jetzt an ist ihre Unterstützung für die Politik der Regierung gewonnen, und sie folgt der öffentlichen Meinung, die sich mehr und mehr zu unseren Gunsten ausspricht.

Paul Cambon

Nr. 146

*Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Außern,  
an Herrn Paul Cambon, französischen Botschafter in London*

Paris, den 3. August 1914

Ich vernehme, der deutsche Botschafter habe im Foreign Office erklärt, gestern morgen hätten achtzig französische Offiziere in preußischer Uniform versucht, in zwölf Automobilen bei Walbeck im Westen von Geldern die deutsche Grenze zu überschreiten; dies stelle eine sehr ernsthafte Verletzung der Neutralität seitens Frankreichs dar.

Wollen Sie unverzüglich diese rein auf Erfindung beruhende Nachricht widerrufen und das Foreign Office auf den beginnenden deutschen Feldzug mit falschen Nachrichten aufmerksam machen.

René Viviani

Nr. 147

*Vom deutschen Botschafter in seiner Abschiedsaudienz am  
3. August 1914, abends 6 Uhr 45, Herrn René Viviani, Minister-  
präsident, Minister des Außern, überreichtes Schreiben*

Herr Präsident!

Die deutschen Verwaltungs- und Militärbehörden haben eine gewisse Anzahl von ausgesprochenen feindseligen Handlungen festgestellt, die von französischen Militärfliegern auf deutschem Gebiete begangen wurden. Mehrere dieser Flieger haben offenkundig die belgische Neutralität verletzt, indem sie belgisches Gebiet überflogen; der eine hat versucht, Bauten bei Wesel zu zerstören, andere wurden über dem Eifelgebiet gesichtet, ein dritter hat auf die Eisenbahn bei Karlsruhe und Nürnberg Bomben abgeworfen\*.

\* Die Nachrichten waren unrichtig. Siehe Graf Max Montgelas „Leitfaden zur Kriegsschuldfrage“, S. 182 f.

Ich bin beauftragt und habe die Ehre, Ew. Exzellenz mitzuteilen, daß angesichts dieser Angriffe das Deutsche Reich sich im Kriegszustand mit Frankreich betrachtet, gezwungen durch diese letztere Macht.

Gleichzeitig habe ich die Ehre, zur Kenntnis Ew. Exzellenz zu bringen, daß die deutschen Behörden die französischen Handelsschiffe in deutschen Häfen zurückbehalten, sie jedoch freigeben werden, wenn innerhalb 48 Stunden volle Reziprozität zugesichert wird.

Da meine diplomatische Mission hiermit beendet ist, erübrigt mir nur noch, Ew. Exzellenz zu bitten, mir meine Pässe zuzustellen und die von Ihnen als nützlich erachteten Maßnahmen zu treffen, um mir und meinem Botschaftspersonal, sowie dem Personal der bayrischen Gesandtschaft und des deutschen Generalkonsulats in Paris die Rückkehr nach Deutschland zu sichern.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung.

gez. Schoen

Nr. 148

*Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Außern,  
an die Herren Vertreter Frankreichs im Auslande*

Paris, den 3. August 1914

Der deutsche Botschafter hat seine Pässe gefordert und reist heute abend mit dem Personal der Botschaft und des deutschen Generalkonsulats, sowie mit dem der bayrischen Gesandtschaft ab. Baron von Schoen hat vorgeschützt, die deutschen Verwaltungs- und Militärbehörden hätten feindselige Handlungen festgestellt, die auf deutschem Boden durch französische Flieger begangen worden seien, indem diese beschuldigt werden, das Reichsgebiet überflogen und Bomben abgeworfen zu haben. Der Botschafter fügte hinzu, Flieger hätten auch die Neutralität Belgiens verletzt, indem sie dessen Gebiet überflogen. „Angesichts dieser Angriffe,“ sagt das Schreiben des Herrn von Schoen, „betrachtet sich das Deutsche Reich im Kriegszustand mit Frankreich, gezwungen durch diese letztere Macht.“

Ich habe diese unrichtigen Behauptungen des Botschafters in aller Form bestritten und meinerseits daran erinnert, daß ich bereits gestern an ihn eine Note gerichtet habe, um gegen die ausgesprochenen Verletzungen der französischen Grenze Einspruch zu erheben, die seit zwei Tagen durch deutsche Truppenabteilungen begangen worden seien.

René Viviani

Nr. 149

*Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern,  
an Herrn Jules Cambon, französischen Botschafter in Berlin*

(Den Vertretern Frankreichs im Ausland mitgeteiltes Telegramm.)

Paris, den 3. August 1914

Ich ersuche Sie, Ihre Pässe zu verlangen und mit dem Botschaftspersonal unverzüglich Berlin zu verlassen, indem Sie den Schutz der französischen Interessen und die Verwahrung des Archivs dem spanischen Botschafter übertragen. Ich ersuche Sie, gleichzeitig schriftlich Verwahrung einzulegen gegen die Verletzung der luxemburgischen Neutralität durch die deutschen Truppen, die durch den luxemburgischen Ministerpräsidenten gemeldet worden ist; gegen das vom deutschen Gesandten in Brüssel an die belgische Regierung gerichtete Ultimatum, das ihr die Verletzung der belgischen Neutralität zumutet und von ihr die Erleichterung der militärischen Operationen gegen Frankreich auf belgischem Gebiete verlangt; endlich gegen die falsche Behauptung eines angeblichen Einfallplanes der französischen Armeen in diese beiden Länder, womit der erwähnte Gesandte den Kriegszustand zu rechtfertigen versucht hat, der nach seiner Erklärung von nun an zwischen Deutschland und Frankreich besteht.

René Viviani

Nr. 150

*Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern,  
an Herrn Allizé, französischen Gesandten in München*

Paris, den 3. August 1914

Wollen Sie der Königlich Bayrischen Regierung mitteilen, daß Sie die Weisung erhalten haben, Ihre Haltung nach derjenigen des Botschafters der Republik in Berlin zu richten und München zu verlassen.

René Viviani

Nr. 151

*Herr René Viviani, Ministerpräsident und Minister des Äußern,  
an die Herren Vertreter Frankreichs in London, St. Petersburg,  
Wien, Rom, Madrid, Bern, Konstantinopel, Haag, Kopenhagen,  
Christiania, Stockholm, Bukarest, Athen und Belgrad*

Paris, den 3. August 1914

Ich erfahre aus amtlicher belgischer Quelle, daß die deutschen Truppen das belgische Gebiet bei Gemmerich in der Gegend von Verviers verletzt haben.

René Viviani

Nr. 152

*Herr Klobukowski, französischer Gesandter in Brüssel,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten  
und Minister des Äußern*

Brüssel, den 4. August 1914

Der Kabinettschef des Ministeriums des Äußern übergibt mir ein Schreiben, in welchem „die Regierung des Königs ihren festen Entschluß erklärt, mit allen in ihrer Macht liegenden Mitteln dem deutschen Angriffe Widerstand zu leisten. Belgien ruft die Hilfe Englands, Frankreichs und Rußlands an, damit sie als Garantiemächte bei der Verteidigung seines Gebietes mitwirken.

Es würde eine verabredete und gemeinsame Aktion stattfinden mit dem Ziele, den von Deutschland gegen Belgien angewandten Gewaltmaßnahmen zu widerstehen und zugleich die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit Belgiens für die Zukunft zu gewährleisten.

Belgien ist glücklich, erklären zu können, daß es die Verteidigung der festen Plätze sichern wird.“

Klobukowski

Nr. 153

*Herr Paul Cambon, französischer Botschafter in London,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten  
und Minister des Äußern*

London, den 4. August 1914

Sir Ed. Grey hat mich soeben zu sich gebeten, um mir zu sagen, der Ministerpräsident werde heute im Unterhause erklären, daß Deutschland aufgefordert worden sei, sein Ultimatum an Belgien zurückzuziehen und England heute abend vor Mitternacht Antwort zu geben.

Paul Cambon

Nr. 154

*Herr Klobukowski, französischer Gesandter in Brüssel,  
an Herrn René Viviani, Ministerpräsidenten  
und Minister des Äußern*

Brüssel, den 4. August 1914

Der deutsche Gesandte benachrichtigt heute morgen das belgische Ministerium des Äußern, daß sich die Kaiserliche Regierung infolge der Weigerung der belgischen Regierung genötigt sehe, die gegenüber den französischen Drohungen unerläßlichen Sicherheitsmaßnahmen mit Waffengewalt durchzuführen.

Klobukowski

Nr. 154a

*Der Präsident der französischen Republik, Herr Poincaré,  
an den König von England\**

Paris, den 4. August 1914

Lieber und großer Freund!

Ich danke Eurer Majestät für den Brief, den Sie so freundlich waren mir zu schreiben. Die von der königlichen Regierung im Unterhaus gemachten Erklärungen haben in Frankreich einen starken Widerhall gefunden. Das herzliche Einvernehmen unserer beiden Länder ist enger als je, und die Nachricht einer gemeinsamen Aktion ist von der öffentlichen Meinung mit Bewegung und Freude aufgenommen worden. Das Einverständnis zwischen den Generalstäben und der Marine unserer beiden Länder ist ein vollständiges. Aber bis jetzt sind wir noch nicht informiert, ob die Regierung Eurer Majestät ihre Absichten über eine Mitwirkung zu Lande endgültig abgegeben hat. S. M. König Albert hat an unsere Hilfe, wie an die Ihre zur Verteidigung belgischen Gebietes appelliert. Die Regierung der Republik meint, daß, wenn es England möglich wäre, jetzt in Frankreich für Belgien Truppen auszuschießen, über die Sie glauben verfügen zu können, und deren Mitwirkung so kostbar wäre, würde diese Maßnahme, die einen öffentlichen Beweis unserer Waffenbrüderschaft lieferte, in Belgien und in Frankreich die heilsamste Wirkung hervorrufen. Ich glaube, Eurer Majestät von dieser Empfindung Mitteilung machen zu müssen und danke von neuem für Euer Majestät Freundschaftsbekundung.

R. Poincaré

Nr. 155

*Herr Bapst, französischer Gesandter in Kopenhagen,  
an Herrn Doumergue, Minister des Äußern*

Kopenhagen, den 6. August 1914

Der französische Botschafter in Berlin bittet mich, Ew. Exzellenz das folgende Telegramm zu übermitteln:

Ich bin durch die deutsche Regierung nach Dänemark befördert worden und komme soeben in Kopenhagen an. Das ganze Personal der Botschaft und der russische Geschäftsträger in Darmstadt mit seiner Familie begleiteten mich. Man ist uns gegenüber derart verfahren, daß ich es für nützlich erachte, Ew. Exzellenz darüber telegraphisch einen vollständigen Bericht zu erstatten.

\* Im französischen Gelbbuch von 1914 nicht enthalten, veröffentlicht bei Raymond Poincaré: „Les Origines de la Guerre“ a. a. O. S. 280f.

Als ich Montag, den 3. August, morgens, Ihren Weisungen entsprechend Herrn von Jagow einen Protest gegen die durch deutsche Truppen auf französischem Boden begangenen Angriffstätlichkeiten übermittelt hatte, stattete mir der Staatssekretär einen Besuch ab. Herr von Jagow kam, um sich über Angriffstätlichkeiten zu beklagen, die nach seiner Behauptung in Deutschland, namentlich in Nürnberg und Koblenz, durch französische Flieger begangen worden seien, welche, wie er sagte, „aus Belgien gekommen seien“. — Ich antwortete, ich hätte nicht die geringste Nachricht über die Geschehnisse, die er vorbringe, deren Unwahrscheinlichkeit mir aber augenfällig scheine; ich fragte ihn meinerseits, ob er von der Note Kenntnis genommen habe, die ich wegen der Einfälle von Abteilungen der deutschen Armee in unser Gebiet an ihn gerichtet habe. — Da der Staatssekretär mir sagte, er habe diese Note noch nicht gelesen, gab ich ihm von ihr Kenntnis. Ich lenkte seine Aufmerksamkeit auf die Tat des Offiziers, der eine dieser Abteilungen befehligte, bis zu dem 10 Kilometer innerhalb unserer Grenze gelegenen Dorfe Joncherey vorgedrungen war und einen französischen Soldaten, dem er begegnete, erschossen hatte. Nachdem ich diese Tat gekennzeichnet hatte, fügte ich hinzu: „Sie werden anerkennen, daß diese Tat keineswegs mit einem Fluge über fremdes Gebiet verglichen werden kann, der von Privatpersonen ausgeführt worden ist, die von jenem die Aviatiker auszeichnenden Geiste der persönlichen Tapferkeit erfüllt sind.

Eine Angriffshandlung, die auf dem Boden eines Nachbars durch reguläre, von Offizieren geführte Truppenabteilungen begangen wird, ist von ganz anderer Schwere.“

Herr von Jagow erklärte mir, die Vorfälle, von denen ich ihm spreche, seien ihm nicht bekannt, und sagte zum Schlusse, es sei schwierig, ihr Vorkommen zu verhindern, wenn zwei von den Gefühlen, die unsere Truppen beseelten, durchdrungene Heere auf beiden Seiten der Grenze einander gegenüberstünden.

In diesem Augenblicke stießen die auf dem Pariser Platz vor der Botschaft angesammelten Leute, die wir durch das halbgeöffnete Fenster meines Arbeitszimmers beobachteten, Rufe gegen Frankreich aus. Ich fragte den Staatssekretär, wenn dies alles enden würde.

„Die Regierung hat noch keine Entscheidung getroffen,“ antwortete mir Herr von Jagow. „Wahrscheinlich wird Herr von Schoen heute Weisung erhalten, seine Pässe zu verlangen, und alsdann werden Sie die Ihrigen erhalten.“ — Der Staatssekretär versicherte mir übrigens, ich brauche über meine Abreise nicht besorgt zu sein, und sowohl mir als meinem Personal gegenüber würden alle Gebote der Schicklichkeit beobachtet werden. Wir sollten uns nicht mehr sehen und wir verabschiedeten uns voneinander nach einer Unterhaltung, die höflich gewesen war und mich nicht voraussehen lassen konnte, was mich erwartete.

Bevor ich mich von Herrn von Jagow verabschiedete, hatte ich ihm den Wunsch ausgedrückt, dem Reichskanzler einen persönlichen Besuch



zu machen, da dies das letztemal sein würde, daß ich Gelegenheit hätte, ihn zu sehen.

Herr von Jagow antwortete mir, daß er mich nicht veranlassen möchte, dieser Absicht Folge zu geben; denn diese Zusammenkunft würde zu nichts dienen und könnte nur peinlich sein.

Um 6 Uhr abends brachte mir Herr von Langwerth meine Pässe. Er weigerte sich im Namen seiner Regierung, dem von mir ausgesprochenen Wunsche zu willfahren, über Holland oder Belgien reisen zu dürfen. Er schlug mir vor, entweder über Kopenhagen — obschon er mir nicht versichern konnte, daß die Überfahrt über das Meer frei sei — oder über Konstanz durch die Schweiz zu reisen.

Ich nahm diesen letzteren Weg an; da Herr von Langwerth mich gebeten hatte, sobald als möglich abzureisen, wurde vereinbart, daß ich die Botschaft am folgenden Tage, Dienstag, den 4. August, abends 10 Uhr, verlassen würde und zwar in Anbetracht der Notwendigkeit, in der ich mich befand, mich mit dem spanischen Botschafter zu verständigen, der unsere Interessen in die Hand nimmt.

Um 7 Uhr, eine Stunde nach dem Weggang des Herrn von Langwerth, kam Herr von Lancken, ehemaliger Botschaftsrat in Paris, um mir im Auftrage des Auswärtigen Amts zu sagen, ich möchte mein Botschaftspersonal auffordern, nicht mehr im Restaurant zu speisen. Diese Weisung war so streng, daß ich am folgenden Tag, am Dienstag, meine Zuflucht zu der Wilhelmstraße nehmen mußte, damit das Hotel Bristol uns unsere Mahlzeiten in die Botschaft sende.

Gleichen Abends, Montag, um 11 Uhr, erschien Herr von Langwerth wieder, um mir mitzuteilen, seine Regierung verweigere mir die Rückkehr durch die Schweiz, unter dem Vorwand, daß drei Tage und drei Nächte nötig wären, um mich nach Konstanz zu führen. Er kündigte mir an, ich würde über Wien geleitet werden. Ich stimmte dieser Änderung nur unter Vorbehalt bei und schrieb in der Nacht Herrn von Langwerth den folgenden Brief:

„Berlin, den 3. August 1914

Herr Baron!

Ich denke über die Reiseroute für meine Rückkehr in mein Vaterland nach, von der Sie mir heute abend gesprochen haben. Sie schlagen mir vor, über Wien zu reisen. Ich sehe mich aber der Möglichkeit ausgesetzt, in dieser Stadt zurückgehalten zu werden, wenn auch nicht durch Befehl der österreichischen Regierung, so doch durch die Umstände ihrer Mobilisation, die ihr für den Verkehr der Züge Schwierigkeiten schafft, die denen in Deutschland entsprechen.

Unter diesen Umständen glaube ich von der deutschen Regierung die ehrenwörtliche Versicherung fordern zu müssen, daß die österreichische Regierung mich nach der Schweiz befördern werde, und daß die schweizerische Regierung weder mir noch den mich begleitenden Personen ihre

Grenze verschließen werde, die, wie mir gesagt wird, streng für Fremde geschlossen ist.

Ich kann also den Vorschlag, den Sie mir gemacht haben, nur annehmen, wenn ich die verlangten Zusicherungen habe, und wenn ich versichert werde, daß ich nicht einige Monate außerhalb meines Landes festgehalten werde.

Jules Cambon“

In Beantwortung dieses Briefes gab mir am folgenden Morgen, Dienstag, den 4. August, Herr von Langwerth die schriftliche Zusicherung, daß die österreichischen und die schweizerischen Behörden die nötigen Mitteilungen erhalten hätten.

Zu gleicher Zeit verhaftete man in seiner Wohnung, in seinem Bette, den Attaché des Berliner Konsulats, Herrn Miladowski, sowie auch andere Franzosen. Herr Miladowski, für den ein diplomatischer Paß verlangt worden war, konnte nach vier Stunden wieder freigelassen werden.

Ich bereitete mich zur Abreise nach Wien vor, als Herr von Langwerth um 4 Uhr 45 wieder erschien, um mir zu melden, daß ich mit den mich begleitenden Personen um 10 Uhr würde abreisen müssen, aber daß ich nach Dänemark geleitet werden würde. Gegenüber dieser neuen Forderung fragte ich, ob man mich, wenn ich sie nicht annähme, auf eine Festung bringen würde. Herr von Langwerth antwortete mir einfach, er werde in einer halben Stunde wiederkommen, um die Antwort zu holen. Ich wollte der deutschen Regierung keinen Anlaß geben, zu behaupten, ich hätte mich geweigert, Deutschland zu verlassen. Als Herr von Langwerth zurückkam, erklärte ich ihm also, ich würde mich dem mir gegebenen Befehle fügen, aber „ich legte dagegen Verwahrung ein“.

Sogleich schrieb ich an Herrn von Jagow den Brief, dessen Abschrift folgt:

„Berlin, den 4. August 1914

Herr Staatssekretär!

Ew. Exzellenz hatten mir zu wiederholten Malen gesagt, die Kaiserliche Regierung werde mir nach den Gebräuchen der internationalen Höflichkeit die Rückkehr in mein Vaterland erleichtern und alle Mittel zur Verfügung stellen, rasch dorthin zu gelangen.

Gestern jedoch hat mich Freiherr von Langwerth, nachdem er mir die Fahrt nach Holland und Belgien verweigert hatte, unterrichtet, ich würde über Konstanz nach der Schweiz fahren. In der Nacht wurde ich benachrichtigt, daß ich nach Österreich geleitet werden würde, einem Lande, das im gegenwärtigen Krieg an Deutschlands Seite kämpft. Da ich Österreichs Absichten mir gegenüber — bin ich doch auf seinem Boden bloß ein gewöhnlicher Bürger — nicht kannte, habe ich Freiherrn von Langwerth geschrieben, ich verlange von der Kaiserlichen Regierung die Zusicherung, daß die k. und k. österreichischen Behörden mir alle Erleichterungen zur Fortsetzung meines Reiseweges gewähren würden, und daß sich mir die Schweiz nicht verschließen würde, Herr von Langwerth hatte die

Freundlichkeit, mir schriftlich zu antworten, daß ich einer leichten Reise versichert sein dürfte, und daß die österreichischen Behörden alles Nötige tun würden.

Jetzt gegen 5 Uhr hat Freiherr von Langwerth mir mitgeteilt, ich würde nach Dänemark geleitet werden. In Anbetracht der Ereignisse bin ich nicht sicher, ein Schiff zu finden, das mich nach England bringen wird, und diese Überlegung ist es, die mich diesen Vorschlag im Einverständnis mit Herrn von Langwerth hatte ablehnen lassen.

In Wirklichkeit läßt man mir keine Freiheit und behandelt mich fast wie einen Gefangenen. Ich bin gezwungen, mich zu unterwerfen, da ich kein Mittel besitze, um zu erreichen, daß man mir gegenüber den Vorschriften der internationalen Höflichkeit Rechnung trage, aber ich lege Wert darauf, bei Ew. Exzellenz Verwahrung einzulegen gegen die Art und Weise, mit der man mich behandelt.

Jules Cambon“

Während man meinen Brief hintrug, wurde ich benachrichtigt, daß die Reise nicht auf direktem Wege, sondern über die Linie von Schleswig stattfinden werde. Um 10 Uhr abends verließ ich mit meinem Personal die Botschaft, inmitten eines großen Polizeiaufgebotes zu Fuß und zu Pferde.

Am Bahnhof war das Auswärtige Amt nur durch einen untergeordneten Beamten vertreten.

Die Reise vollzog sich mit äußerster Langsamkeit. Wir haben mehr als 24 Stunden gebraucht, um die Grenze zu erreichen. Es schien, als ob man auf jeder Station auf Befehle zur Wiederabfahrt wartete. Ich war begleitet von Major von Rheinbaben vom Garde-Alexanderregiment und einem Polizeibeamten. In der Umgebung des Kieler Kanals sind Soldaten in unsere Wagen gekommen. Man hat die Wagenfenster schließen und die Vorhänge herunterziehen lassen; jeder von uns mußte sich abgesondert in seinem Abteil aufhalten, und es war uns verboten, aufzustehen oder das Gepäck zu berühren. Im Wagengang stand vor der offen gehaltenen Türe eines jeden Abteils ein Soldat, den Revolver in der Faust und den Finger am Abzug. Der russische Geschäftsträger, die Frauen, die Kinder, jedermann wurde der gleichen Behandlung unterworfen.

Auf der letzten deutschen Station kam, gegen 11 Uhr abends, Major von Rheinbaben zu uns, um sich zu verabschieden. Ich übergab ihm für Herrn von Jagow den folgenden Brief:

„Mittwoch abend, den 5. August 1914

Herr Staatssekretär!

Ich habe gestern, bevor ich Berlin verließ, mich schriftlich bei Ew. Exzellenz verwahrt gegen die aufeinanderfolgenden Änderungen der Fahrtrichtung, die mir von der Kaiserlichen Regierung auferlegt wurden, um Deutschland zu verlassen.

Als heute der Zug, der mich wegführte, über den Kieler Kanal fuhr, wollte man unser ganzes Gepäck untersuchen, als ob wir irgendein Zer-

störungswerkzeug verbergen könnten. Dank dem Dazwischentreten des Majors von Rheinbaben blieb uns diese Schande erspart.

Aber man tat mehr.

Man hat einen jeden von uns gezwungen, in seinem Abteil zu bleiben, dessen Fenster geschlossen und dessen Vorhänge heruntergezogen waren. Während dieser Zeit stand in den Wagengängen vor der Türe eines jeden Abteils ein Soldat jedem von uns gegenüber, den Revolver in der Hand, den Finger am Abzug, und dies während beinahe einer halben Stunde.

Ich glaube mich gegen diese Gewaltandrohung gegenüber dem Botschafter der Republik und dem Botschaftspersonal verwahren zu müssen; es sind dies Gewalttätigkeiten, die nichts mich auch nur hätte ahnen lassen können. Ich hatte die Ehre, Ew. Exzellenz gestern zu schreiben, ich würde fast wie ein Gefangener behandelt. Heute bin ich wie ein gefährlicher Gefangener behandelt worden. Ich muß bemerken, daß im Verlaufe der Reise, die von Berlin bis nach Dänemark vierundzwanzig Stunden in Anspruch genommen hat, keine einzige Mahlzeit zubereitet noch angeboten worden ist, weder mir, noch den Personen, die mit mir bis zur Grenze gebracht worden sind.

Jules Cambon“

Ich glaubte, alles wäre nun überstanden, als bald darauf, ein wenig verlegen, Major von Rheinbaben kam, um mir mitzuteilen, der Zug würde nicht bis zur dänischen Grenze weiterfahren, wenn ich nicht den Preis für diesen Zug bezahlte. Ich gab meinem Erstaunen Ausdruck, daß man mich nicht in Berlin zu dessen Bezahlung angehalten habe, und daß man mir jedenfalls vorher nichts davon gesagt habe. Ich schlug vor, mit einem Scheck auf eine der größten Berliner Banken zu bezahlen; diese Erleichterung wurde mir nicht gewährt. Unter der Mitwirkung meiner Reisegefährten konnte ich die Summe, die sofort von mir verlangt war und sich auf 3611 Mark 75 Pfg., d. h. nach dem gegenwärtigen Kurse auf zirka 5000 Franken belief, in Gold aufbringen\*.

Nach diesem letzten Zwischenfalle glaubte ich Herrn von Rheinbaben um sein Wort als Offizier und Edelmann bitten zu müssen, daß man mich nun bis an die dänische Grenze geleiten werde. Er gab es mir, und ich verlangte, daß der Polizist, der bei uns war, uns begleite.

So kamen wir auf der ersten dänischen Station an, wo die dänische Regierung einen Zug hatte bereitstellen lassen, um uns nach Kopenhagen zu führen.

Man versichert mir, daß mein englischer Kollege und der belgische Gesandte direkt nach Holland abgereist seien, obschon sie Berlin nach mir verlassen haben. Ich bin von diesem Unterschied in der Behandlung betroffen. Und da es in Dänemark und Norwegen in diesem Augenblicke von

\* Nachträglich ist der auf diese Weise von Herrn Jules Cambon verlangte Betrag dem spanischen Botschafter in Berlin zwecks Rückerstattung an den französischen Botschafter ausbezahlt worden. (Anmerkung des französischen Gelbbuches von 1914.)

Spionen wimmelt, befürchtet man, wenn es mir gelingt, mich in Norwegen einzuschiffen, ich könnte mit den Offizieren, die mich begleiten, auf dem Meere festgenommen werden.

Ich will diese Depesche nicht beenden, ohne Ew. Exzellenz von der Hingebung und Tatkraft Kunde zu geben, die das gesamte Personal der Botschaft während der Dauer dieser Krise unaufhörlich bewiesen hat; ich würde mich glücklich schätzen, wenn seinen der Regierung der Republik bei dieser Gelegenheit erwiesenen Diensten Rechnung getragen werden könnte, insbesondere denjenigen der Botschaftssekretäre, sowie denen des Militärattachés und des Marineattachés.

Jules Cambon

Nr. 156

*Herr Mollard, französischer Gesandter in Luxemburg,  
an Herrn Doumergue, Minister des Äußern*

Paris, den 4. August 1914

Der Staatsminister ist Dienstag, den 4. August, morgens gegen halb 9 Uhr, auf die Gesandtschaft gekommen, um mir mitzuteilen, daß die deutschen Militärbehörden meine Abreise verlangten. Auf meine Antwort, daß ich nur der Gewalt weichen würde, sagte mir Herr Eyschen, er kenne meine diesbezüglichen Gefühle, und gerade deswegen sei er selbst gekommen, um mir diese Mitteilung zu machen, die ihm sehr schwer werde; denn es sei gerade vor der Gewalt, daß er mich bitte, zu weichen. Er fügte hinzu, er werde mir dafür den schriftlichen Beweis erbringen.

Ich verbarg Herrn Eyschen die Betrübniß und die Unruhe darüber nicht, meine Landsleute ohne Schutz zu lassen, und ich bat ihn, gütigst diese Aufgabe übernehmen zu wollen, was er zusagte.

Im Augenblicke der Abreise übergab er mir den beiliegenden Brief (Beilage I), der die Antwort der luxemburgischen Regierung auf die Erklärung darstellt, die ich tags vorher, am Abend, nach den telegraphischen Weisungen des Herrn Viviani abgegeben hatte.

Um 10 Uhr kam der Staatsminister von neuem auf die Gesandtschaft und überließ mir, mit einem Begleitwort von ihm, eine beglaubigte Abschrift des Briefes, den der deutsche Gesandte mit Bezug auf meine Abreise aus Luxemburg an ihn gerichtet hatte. (Beilagen II und III.)

Er sagte mir auch, er habe Herrn von Buch bekannt gegeben, die luxemburgische Regierung sei mit dem Schutz der Franzosen und mit der Obhut über die Gesandtschaft und die Kanzlei beauftragt worden. Diese Mitteilung schien meinem deutschen Kollegen nicht zu gefallen; er riet Herrn Eyschen, bei mir anzuregen, diese Sorge dem belgischen Gesandten anzuvertrauen. Ich erläuterte dem Staatsminister, daß die Lage ganz eigen sei. Da ich bei Ihrer Kgl. Hoheit der Großherzogin beglaubigt sei

und mein Land sich mit Luxemburg nicht im Kriegszustande befinde, sei es unter diesen Umständen gegeben, daß die luxemburgische Regierung den Schutz meiner Landsleute zusichere. Herr Eyschen drängte nicht weiter und übernahm von neuem den Auftrag, den ich ihm anvertraute.

Der Staatsminister bat mich dann gütigst, ohne Aufsehen zu erregen, abzureisen, um öffentliche Kundgebungen zu verhüten, die, wie er mir sagte, nicht verfehlen würden, Gegenmaßregeln der deutschen Militärbehörden gegenüber den Franzosen hervorzurufen. Ich erwiderte ihm, daß ich zu großen Wert auf die Sicherheit meiner Landsleute lege, um sie aufs Spiel zu setzen, und daß er nichts zu befürchten brauche.

Meine Abreise, die man möglichst bald verlangte, wurde auf 2 Uhr festgesetzt; man kam auch überein, daß ich in meinem Automobil abreisen würde. Herr Eyschen sagte mir, daß der deutsche Gesandte eben im deutschen Hauptquartier sei, um einen Passierschein zu erwirken, und er werde dafür sorgen, daß er mir zu rechter Zeit zugestellt werde.

Um 2 Uhr 15 kam der Herr Staatsminister, begleitet von Herrn Regierungsrat Henrion, um von mir Abschied zu nehmen und die Schlüssel der Gesandtschaft und diejenigen der Kanzlei zu empfangen.

Er gab mir bekannt, daß Befehle für meine freie Durchfahrt erteilt worden seien, und daß ich Arlon auf der Merle-, Mamers- und Arlonstraße erreichen müsse. Er fügte bei, auf der Merlestraße werde mich ein deutscher Offizier erwarten, um meinem Wagen voranzufahren.

Ich verließ darauf die Gesandtschaft und begab mich auf dem festgesetzten Wege nach Arlon; aber ich begegnete niemanden.

Ew. Exzellenz wollen anbei (Beilage IV) den Wortlaut des Briefes finden, den ich dem Herrn Staatsminister überreichte, bevor ich meinen Posten verließ.

Mollard

Beilage I.

*Herr Eyschen, Staatsminister und Präsident der Regierung,  
an Herrn Mollard, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Frankreichs in Luxemburg*

Luxemburg, den 4. August 1914

Herr Minister!

Ew. Exzellenz haben durch Ihre mündliche Mitteilung von gestern Abend die große Güte gehabt, zu meiner Kenntnis zu bringen, daß die Regierung der Republik entsprechend dem Londoner Vertrage von 1867 die Neutralität des Großherzogtums Luxemburg zu achten beabsichtige, wie sie dies auch durch ihre Haltung gezeigt habe, daß aber die Verletzung dieser Neutralität durch Deutschland Frankreich nötige, sich von nun an in dieser Beziehung von der Sorge für seine Verteidigung und seine Interessen leiten zu lassen.

Sie werden mir gestatten, Herr Minister, festzustellen, daß die Entscheidung der Regierung der Republik nur auf der Handlungsweise einer dritten Macht beruht, für die wahrlich das Großherzogtum nicht verantwortlich ist.

Die Rechte Luxemburgs müssen also unberührt bleiben.

Das Deutsche Reich hat ausdrücklich erklärt, daß seine Absichten nur auf eine zeitlich beschränkte Besetzung Luxemburgs gerichtet seien.

Ich will daher, Herr Minister, gerne annehmen, es werde der Regierung der Republik nicht schwer fallen, mit mir festzustellen, daß das Großherzogtum zu allen Zeiten und unter allen Umständen, nach allen Richtungen hin, die Verpflichtungen vollkommen und redlich erfüllt hat, die ihm kraft des Vertrags von 1867 oblagen.

Genehmigen Sie, usw.

Der Staatsminister, Präsident der Regierung,  
Eyschen

Beilage II.

*Privatschreiben des Herrn Eyschen, Staatsminister und Regierungspräsidenten,  
an Herrn Mollard, französischen Gesandten in Luxemburg*

Herr Minister!

Vor kurzem mußte ich Ihnen zu meinem lebhaften Bedauern die Absichten des Generals von Fuchs über Ihren Aufenthalt in Luxemburg mitteilen.

Wie ich mich beehrte, Ihnen zu sagen, hatte ich eine schriftliche Bestätigung der diesbezüglich von der Militärbehörde gefaßten Entscheidung erbeten.

Beiliegend die Abschrift eines Briefes, den ich soeben vom deutschen Gesandten erhalten habe.

Es ist mir versichert worden, daß man bei der Ausführung der Maßnahme nicht verfehlen werde, Ihnen gegenüber alle Ihrer Eigenschaft und Ihrer Person zukommenden Rücksichten zu nehmen.

Empfangen Sie den wiederholten Ausdruck meines Bedauerns und meiner vorzüglichen Hochachtung.

Eyschen

Beilage III.

*Seiner Exzellenz, dem Staatsminister Herrn Dr. Eyschen*

Exzellenz!

Ich habe die Ehre, Sie entsprechend den Weisungen Seiner Exzellenz des Herrn Generals Fuchs zu bitten, gefälligst den französischen Gesandten,

Herrn Mollard, zu ersuchen, sobald als möglich Luxemburg zu verlassen und sich nach Frankreich zu begeben; andernfalls würden sich die deutschen Militärbehörden in die peinliche Notwendigkeit versetzt sehen, Herrn Mollard unter die Aufsicht einer militärischen Bedeckung zu stellen und im äußersten Falle zu seiner Verhaftung zu schreiten.

Genehmigen Sie, Exzellenz, bei dieser Gelegenheit die Versicherung meiner vollkommenen Hochachtung.

von Buch

Beilage IV.

*Herr Mollard, französischer Gesandter in Luxemburg,  
an Se. Exz. Herrn Eyschen, Staatsminister, Präsidenten der  
Regierung von Luxemburg*

Luxemburg, den 4. August 1914

Herr Minister!

Ich habe soeben Ihre Mitteilung erhalten und beuge mich vor der Gewalt.

Bevor ich Luxemburg verlasse, habe ich die Pflicht, mich um das Schicksal und die Sicherheit meiner Landsleute zu bekümmern. Da ich den Geist der Gerechtigkeit und der Billigkeit der luxemburgischen Regierung kenne, habe ich die Ehre, Ew. Exzellenz zu bitten, sie unter Ihren hohen Schutz zu nehmen und über ihr Leben und ihre Habe zu wachen.

Ich möchte Ew. Exzellenz ebenfalls bitten, die Bewachung des Gesandtschaftsgebäudes und der Kanzleiräume zu sichern.

Ich würde Ew. Exzellenz sehr zu Dank verpflichtet sein, wenn Sie Ihrer Kgl. Hoheit der Frau Großherzogin die Versicherung meiner tiefen Ehrerbietung und gleichzeitig alle meine Entschuldigungen, daß ich sie Ihr nicht persönlich darbringen konnte, aussprechen wollten.

Indem ich Ihnen, Herr Minister, für alle Beweise der Zuneigung danke, die Sie mir zuteil werden ließen, bitte ich Sie, die erneute Versicherung meiner Hochachtung zu genehmigen.

Armand Mollard

Nr. 157

*Notifikation der französischen Regierung an die Vertreter der  
Mächte in Paris*

Nachdem die Kaiserlich Deutsche Regierung ihre bewaffneten Streitkräfte die Grenze hat überschreiten und sich auf französischem Gebiete verschiedenen Mord- und Plünderungsakten hat hingeben lassen; nachdem sie unter Mißachtung der Bestimmungen der Londoner Übereinkunft vom



11. Mai 1867 und der V. Haager Übereinkunft vom 18. Oktober 1907 über die Rechte und Pflichten der Mächte und Personen im Falle des Landkrieges (Artikel I und II), von Übereinkünften, die sie unterzeichnet hat, die Neutralität des Großherzogtums verletzt hat; nachdem sie unter Verletzung der ebenfalls von ihr unterzeichneten Verträge vom 19. April 1839 und der obgenannten Haager Übereinkunft an die Kgl. Belgische Regierung ein Ultimatum gerichtet hat mit dem Zweck, den Durchmarsch der deutschen Streitkräfte durch belgisches Gebiet zu fordern, hat sie am 3. August 1914 um 6 Uhr 45 nachmittags Frankreich den Krieg erklärt.

Unter diesen Umständen sieht sich die Regierung der Republik gezwungen, ihrerseits ebenfalls zur Gewalt der Waffen Zuflucht zu nehmen.

Sie hat infolgedessen mit Gegenwärtigem der Regierung von . . . mitzuteilen, daß seit dem 3. August 1914 6 Uhr 45 nachmittags zwischen Frankreich und Deutschland der Kriegszustand besteht.

Die Regierung der Republik verwahrt sich bei allen zivilisierten Ländern und besonders bei den Signatarregierungen der obenerwähnten Übereinkünfte und Verträge, gegen Verletzung seiner internationalen Verpflichtungen durch das Deutsche Reich; sie macht alle Vorbehalte hinsichtlich der Wiedervergeltungsmaßregeln, zu deren Ergreifung sie sich gegenüber einem so wenig auf sein gegebenes Wort bedachten Feind veranlaßt sehen könnte.

Die Regierung der Republik, die die Grundsätze des Völkerrechts zu achten beabsichtigt, wird sich während der Dauer der Feindseligkeiten und unter Vorbehalt der Gegenseitigkeit an die Bestimmungen der von Frankreich unterzeichneten internationalen Abkommen über das Kriegsrecht zu Lande und zu Wasser halten.

Die vorliegende Mitteilung, die gemäß Artikel 2 des III. Haager Abkommens vom 18. Oktober 1907 betreffend die Eröffnung der Feindseligkeiten, erstattet ist, wird der . . . übergeben.

Paris, den 4. August 1914, um 2 Uhr nachmittags.

Nr. 158

*Botschaft des Herrn Poincaré, Präsidenten der französischen Republik, verlesen bei der außerordentlichen Sitzung des Parlaments, am 4. August 1914*

(Journal officiel vom 5. August 1914.)

(Die Kammer hat sich von ihren Sitzen erhoben und hört stehend die Verlesung der Botschaft an)

Meine Herren!

Frankreich ist soeben der Gegenstand eines brutalen und vorbedachten Angriffes geworden, der eine unverschämte Verhöhnung des Völkerrechts bedeutet. Bevor noch eine Kriegserklärung an uns gerichtet wurde, ja

noch bevor der deutsche Botschafter seine Pässe verlangt hatte, ist unser Gebiet verletzt worden. Erst gestern abend hat das Deutsche Reich verspätet einem von ihm bereits geschaffenen Zustande den richtigen Namen gegeben.

Seit mehr als vierzig Jahren haben die Franzosen in aufrichtiger Friedensliebe den Wunsch nach legitimen Wiederherstellungen in die Tiefe ihres Herzens zurückgedrängt.

Sie haben der Welt das Beispiel einer großen Nation gegeben, welche endgültig von der Niederlage durch Willenskraft, durch Ausdauer und durch Arbeit erholt, von ihrer erneuten und verjüngten Stärke nur im Interesse des Fortschritts und für das Wohl der Menschheit Gebrauch gemacht hat.

Seitdem das Ultimatum Österreichs eine drohende Krisis für ganz Europa heraufbeschwor, hat sich Frankreich dafür verwandt, überall eine Politik der Vorsicht, der Weisheit und der Mäßigung zu befolgen und zu empfehlen.

Man kann Frankreich keine Handlung, keine Gebärde, kein Wort vorhalten, das nicht friedlich und versöhnlich gewesen wäre.

In der Stunde der ersten Kämpfe darf es sich feierlich das Zeugnis ausstellen, daß es bis zum letzten Augenblick die äußersten Anstrengungen gemacht hat, um den Krieg zu beschwören, der nun ausgebrochen ist und für welchen das Deutsche Reich vor der Geschichte die erdrückende Verantwortung tragen wird. (Einstimmiger und wiederholter Beifall.)

Ja einen Tag, nachdem unsere Verbündeten und wir öffentlich die Hoffnung geäußert hatten, daß die unter den Auspizien des Londoner Kabinetts eingeleiteten Verhandlungen einen friedlichen Fortgang haben möchten, hat Deutschland Rußland plötzlich den Krieg erklärt, ist es in das Gebiet von Luxemburg eingefallen, hat es verhöhrende und beleidigende Anforderungen an die edle belgische Nation (lebhafter, einstimmiger Beifall), unsere Nachbarin und unsere Freundin gestellt, hat es versucht, uns in verräterischer Weise während noch diplomatische Verhandlungen im Gange waren, zu überrumpeln. (Neuer, einstimmiger und wiederholter Beifall.)

Aber Frankreich war auf der Hut. Ebenso vorsehend wie friedlich, hatte es sich vorbereitet, und unsere Feinde werden auf ihrem Wege unseren tapferen Bedeckungstruppen begegnen, welche an ihren Kampfplätzen sind und unter deren Schutz die Mobilisierung unserer gesamten Streitkräfte methodisch vollendet wird.

Unsere schöne und heldenmütige Armee, die Frankreich heute mit seinen mütterlichen Gefühlen begleitet (lebhafter Beifall), hat sich in heiliger Begeisterung erhoben, um die Ehre der Fahne und den Boden des Vaterlandes zu verteidigen. (Einstimmiger und wiederholter Beifall.)

Der Präsident der Republik, Dolmetscher der Einmütigkeit des Landes, versichert unsere Truppen zu Wasser und zu Lande der Bewunderung und des Vertrauens aller Franzosen. (Lebhafter, wiederholter Beifall.)

Die Nation, in einem Geiste eng verbunden, wird ihre Kaltblütigkeit bewahren, für die sie seit Ausbruch der Krisis täglich Beweise gegeben hat. Wie immer wird sie es verstehen, den erhabensten Elan und den hehrsten Enthusiasmus mit jener Selbstbeherrschung zu vereinen, die ein Zeichen dauernder Willenskraft und die beste Gewähr des Sieges ist. (Beifall.)

In dem nunmehr anhebenden Kriege wird Frankreich auf seiner Seite das Recht haben, dessen ewig moralische Kraft die Völker ebensowenig wie die Einzelpersonen ungestraft verkennen dürfen. (Lebhafter, einstimmiger Beifall.)

Es wird heldenhaft verteidigt werden von allen seinen Söhnen, deren heilige Einheit vor dem Feinde durch nichts erschüttert werden wird, und die heute brüderlich versammelt sind in der gleichen Empörung gegen den Angreifer und in gleicher Treue zum Vaterlande. (Lebhafter, andauernder Beifall und Zwischenrufe: „Es lebe Frankreich!“)

Es wird treulich sekundiert von Rußland, seinem Bundesgenossen (anhaltender, einstimmiger Beifall), es wird gestützt durch die loyale Freundschaft Englands (anhaltender, einstimmiger Beifall), und schon strömen ihm von allen Seiten der zivilisierten Welt die Sympathien und die Wünsche zu. Denn es vertritt heute wieder einmal vor der Allgemeinheit die Freiheit, die Gerechtigkeit und die Vernunft. (Lebhafter, wiederholter Beifall.)

Empor die Herzen! Es lebe Frankreich! (Einstimmiger, anhaltender Beifall.)

Raymond Poincaré

Nr. 159

*Rede des Herrn Ministerpräsidenten René Viviani, gehalten in der  
Deputiertenkammer am 4. August 1914*

(Journal officiel vom 5. August 1914.)

Herr René Viviani, Ministerpräsident: „Meine Herren, der deutsche Botschafter hat gestern Paris verlassen, nachdem er uns den Kriegszustand angekündigt hatte.

Die Regierung schuldet dem Parlamente den wahrheitsgetreuen Bericht über die Begebenheiten, die in weniger als zehn Tagen den europäischen Krieg entfesselt und das friedliebende und starke Frankreich gezwungen haben, seine Grenze gegen einen Überfall zu verteidigen, dessen wohlberechnete Plötzlichkeit die gehässige Ungerechtigkeit unterstreicht.

Dieser Überfall, den nichts zu entschuldigen vermag und der begonnen hat, bevor eine Kriegserklärung ihn uns angekündigt hätte, ist der letzte Akt eines Planes, dessen Ursache und Ziel ich vor unserer Demokratie und vor der öffentlichen Meinung der zivilisierten Welt festzustellen beabsichtige.

Infolge des abscheulichen Verbrechens, das dem Erzherzog-Thronfolger von Österreich-Ungarn und der Herzogin von Hohenberg das Leben gekostet hat, sind zwischen dem Wiener und dem Belgrader Kabinett Schwierigkeiten entstanden.

Die meisten Mächte sind davon bis Freitag, den 24. Juli, nur halbamtlich unterrichtet worden, an welchem Tage ihnen die österreichisch-ungarischen Botschafter ein Rundschreiben zugestellt haben, welches die Presse veröffentlicht hat.

Dieses Rundschreiben sollte dazu dienen, ein am Vorabend vom österreichisch-ungarischen Gesandten in Belgrad an Serbien gerichtetes Ultimatum zu erklären und zu rechtfertigen.

Indem es die Mitschuld zahlreicher serbischer Untertanen und Vereinigungen am Verbrechen von Serajewo darlegte, sprach dieses Ultimatum die Verdächtigung aus, daß sogar die offiziellen serbischen Behörden ihm nicht ferngestanden hätten. Es verlangte bis Sonnabend, den 25. Juli, abends 6 Uhr, von Serbien eine Antwort.

Die verlangten Genugtuungen, oder wenigstens mehrere von ihnen, verletzten unbestreitbar die Hoheitsrechte eines selbständigen Staates. Trotz ihres übertriebenen Charakters erklärte sich Serbien am 25. Juli bereit, sich ihnen fast vorbehaltlos zu unterwerfen.

An dieser Unterwerfung, die für Österreich-Ungarn einen Erfolg, für den europäischen Frieden eine Garantie bildete, waren die in Belgrad vom ersten Augenblick an erteilten Ratschläge Frankreichs, Rußlands und Großbritanniens nicht unbeteiligt.

Diese Ratschläge waren um so wertvoller, als die österreichisch-ungarischen Forderungen den Kanzleien des Dreiverbandes verheimlicht worden waren, denen in den drei vorhergehenden Wochen die österreichisch-ungarische Regierung zu wiederholten Malen die Versicherung gegeben hatte, ihre Forderungen würden außerordentlich mäßig sein.

Mit berechtigtem Erstaunen vernahmen deshalb die Pariser, Petersburger und Londoner Kabinette am 26. Juli, daß der österreichische Gesandte in Belgrad die serbische Antwort nach einer Prüfung von einigen Minuten als unannehmbar erklärt und die diplomatischen Beziehungen abgebrochen habe.

Dieses Erstaunen wurde durch die Tatsache noch gesteigert, daß der deutsche Botschafter schon am Freitag, den 24. Juli, zum französischen Minister des Äußern gekommen war, um ihm eine mündliche Note vorzulesen, in der erklärt wurde, der österreichisch-serbische Konflikt müsse ohne Intervention der Großmächte örtlich beschränkt bleiben, widrigenfalls „unberechenbare Folgen“ zu befürchten wären. Ein ähnlicher Schritt wurde Sonnabend, den 25. Juli, in London und in St. Petersburg gemacht.

Ist es notwendig, meine Herren, Sie darauf aufmerksam zu machen, wie sehr die bedrohlichen Worte des deutschen Botschafters in Paris mit den versöhnlichen Gefühlen im Widerstreite standen, von denen die Mächte

des Dreiverbandes durch die Serbien erteilten Ratschläge zur Unterwerfung Zeugnis abgelegt hatten?

Nichtsdestoweniger haben wir, ohne uns durch die ungewöhnliche Art des deutschen Schrittes abhalten zu lassen, im Einverständnis mit unseren Verbündeten und unseren Freunden unverzüglich die Versöhnungsaktion eingeleitet und Deutschland eingeladen, sich daran zu beteiligen.

Zu unserem Bedauern mußten wir von Anfang an wahrnehmen, daß unsere Absichten und unsere Bemühungen in Berlin kein Echo fanden.

Nicht nur schien Deutschland keineswegs geneigt, Österreich-Ungarn die freundschaftlichen Ratschläge zu erteilen, die seine Stellung ihm erlaubt hätte zu geben, sondern von diesem Augenblick an und noch mehr in den folgenden Tagen schien es sich auch zwischen die Wiener Regierung und die von den anderen Mächten herrührenden vermittelnden Vorschläge zu stellen.

Dienstag, den 28. Juli, erklärte Österreich-Ungarn Serbien den Krieg. Diese Kriegserklärung, die in einem Zeitraum von drei Tagen die durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen geschaffene Lage der Dinge verschlimmerte, ließ auf einen überlegten Kriegswillen, auf einen systematischen Plan zur Unterjochung Serbiens schließen.

So stand nicht nur die Unabhängigkeit eines tapferen Volkes, sondern auch das durch den Bukarester Vertrag vom Jahre 1913 festgelegte und durch die moralische Zustimmung sämtlicher Großmächte geweihte Gleichgewicht der Balkanstaaten auf dem Spiele.

Auf die Anregung der britischen Regierung, die stets aufs äußerste auf die Erhaltung des europäischen Friedens bedacht war, wurden jedoch die Verhandlungen fortgesetzt oder, genauer ausgedrückt, versuchten die Mächte des Dreiverbandes sie fortzusetzen.

Aus diesem gemeinsamen Wunsche ist der Vorschlag einer Aktion von England, Frankreich, Deutschland und Italien zu vieren entstanden war, der bestimmt war, Österreich alle rechtmäßigen Genugtuungen zuzusichern und eine billige Beilegung des Konfliktes herbeizuführen.

Am Mittwoch, den 29., verfügte die russische Regierung, nachdem sie das fortdauernde Scheitern ihrer Bemühungen festgestellt hatte, angesichts der Mobilisation und der Kriegserklärung Österreichs, in Befürchtung einer militärischen Vernichtung Serbiens, als Vorsichtsmaßregel die Mobilisation von Truppen aus vier Militärbezirken, d. h. ausschließlich von längs der österreichisch-ungarischen Grenze staffelweise aufgestellten Formationen.

Gleichzeitig war sie darauf bedacht, die deutsche Regierung zu benachrichtigen, daß diese Maßnahmen, Österreich gegenüber begrenzt und ohne offensiven Charakter, in keiner Weise gegen Deutschland gerichtet sei.

In einer Unterredung mit dem russischen Botschafter in Berlin machte der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen Amts keinerlei Schwierigkeiten, dies anzuerkennen.

Andererseits stießen alle von Großbritannien mit der Zustimmung Rußlands und der Unterstützung Frankreichs gemachten Versuche, unter dem moralischen Patronat Europas die Verbindung zwischen Österreich und Serbien herzustellen, in Berlin auf eine ablehnende Voreingenommenheit, wofür die diplomatischen Telegramme den unumstößlichen Beweis liefern.

Es war dies eine beunruhigende Situation, die das Vorhandensein gewisser Hintergedanken in Berlin wahrscheinlich erscheinen ließ. Einige Stunden später sollten sich diese Vermutungen und Befürchtungen in Gewißheit umsetzen.

In der Tat verwandelte sich Deutschlands ablehnende Haltung sechs- und dreißig Stunden später in geradezu bedrohliche Entschließungen: am 31. Juli schnitt Deutschland durch die Verkündung des „Kriegsgefahrzustandes“ die Verbindungen zwischen sich und dem übrigen Europa ab und verschaffte sich dadurch alle Freiheit, seine Kriegsvorbereitungen gegen Frankreich in aller Heimlichkeit fortzusetzen, die, wie Sie gesehen haben, nichts zu rechtfertigen vermochte.

Schon seit mehreren Tagen und unter schwer zu erklärenden Umständen hatte Deutschland den Übergang seiner Armee vom Friedens- auf den Kriegsfuß vorbereitet.

Schon am Morgen des 25. Juli, d. h. selbst vor dem Ablauf der Serbien von Österreich gegebenen Frist, hatte es die Garnisonen Elsaß-Lothringens konsigniert. Am nämlichen Tage hatte es die Verteidigungswerke an der Grenze in Kriegsbereitschaft gesetzt. Am 26. Juli hatte es den Eisenbahnen die vorbereitenden Konzentrationsmaßnahmen vorgeschrieben. Am 27. Juli hatte es die Requisitionen durchgeführt und seine Deckungstruppen aufgestellt. Am 28. Juli wurde mit den persönlichen Reservisten-einberufungen begonnen und die von der Grenze entfernten Truppenteile wurden an sie herangeschoben.

Konnten uns diese mit unerbittlicher Konsequenz ausgeführten Maßnahmen über Deutschlands Absichten noch im Zweifel lassen?

So war die Lage, als am Abend des 31. Juli die deutsche Regierung, die seit dem 24. durch keine positive Handlung an den Vermittlungsbemühungen des Dreiverbandes teilgenommen hatte, unter dem Vorwande, Rußland habe die allgemeine Mobilisation seiner Armeen angeordnet, an die russische Regierung ein Ultimatum richtete und innerhalb einer Frist von zwölf Stunden die Einstellung dieser Mobilisation verlangte.

Diese Forderung, die um so verletzender in ihrer Form war, als Kaiser Nikolaus II. einige Stunden vorher in einer Anwendung spontanen Vertrauens den Deutschen Kaiser um Vermittlung angerufen hatte, wurde in dem Augenblicke gestellt, wo auf Ersuchen Englands und mit Wissen Deutschlands die russische Regierung eine Formel annahm, die geeignet war, eine friedliche Beilegung des österreichisch-serbischen Konfliktes und der österreichisch-russischen Schwierigkeiten durch die gleichzeitige Einstellung der militärischen Operationen und Vorbereitungen in die Wege zu leiten.

An demselben Tage gesellten sich zu diesem wenig freundschaftlichen Schritt gegenüber Rußland ausgesprochen feindselige Vorkehrungen gegen Frankreich: Abbruch des Straßen-, Eisenbahn-, Telegraph- und Telephonverkehrs, Beschlagnahme der französischen Lokomotiven bei ihrer Ankunft an der Grenze, Aufstellung von Maschinengewehren auf dem Schienenstrang, der zuvor abgeschnitten worden war, Zusammenziehung der Truppen an dieser Grenze.

Von diesem Augenblick an war es uns nicht mehr erlaubt, an die Aufrichtigkeit der Friedensbeteuerungen zu glauben, mit denen uns Deutschlands Vertreter fortwährend überschüttete. (Bewegung.)

Wir wußten, daß Deutschland im Schutze des verkündeten „Kriegsgefahrzustandes“ mobilisierte.

Wir erfuhren, daß sechs Reservistenklassen einberufen worden waren und daß die Konzentrationstransporte selbst für in beträchtlicher Entfernung von der Grenze liegende Armeekorps fortgesetzt wurden.

In dem Maße wie sich diese Begebenheiten abspielten, traf die achtsame und umsichtige Regierung von Tag zu Tag und selbst von Stunde zu Stunde die Verteidigungsmaßnahmen, die die Lage erforderte. Die allgemeine Mobilisation unserer Armeen zu Land und zu Wasser wurde angeordnet.

An demselben Abende 7 ½ Uhr erklärte Deutschland Rußland den Krieg, ohne sich durch die von dem Petersburger Kabinett erfolgte Annahme des englischen Vorschlages, von dem ich weiter oben gesprochen habe, davon abhalten zu lassen.

Tags darauf, Sonntag, den 2. August, überschritten die deutschen Truppen, ohne Rücksicht auf die außerordentliche Mäßigung Frankreichs, im Widerspruch mit den friedlichen Erklärungen des deutschen Botschafters in Paris, ungeachtet der Vorschriften des Völkerrechts, an drei verschiedenen Punkten unsere Grenze.

Zu gleicher Zeit fielen sie, unter Verletzung des 1867er Vertrages, durch den mit Preußens Unterschrift die Neutralität von Luxemburg gewährleistet wird, in das Gebiet des Großherzogtums ein und veranlaßten so den Einspruch der luxemburgischen Regierung.

Endlich wurde selbst Belgiens Neutralität bedroht: der deutsche Gesandte überreichte am Abend des 2. August der belgischen Regierung ein Ultimatum mit der Einladung, die militärischen Maßnahmen gegen Frankreich zu erleichtern, unter dem lügenhaften Vorwande, die belgische Neutralität werde von uns bedroht. Die belgische Regierung wies diese Zumutung zurück und erklärte, sie sei entschlossen, ihre Neutralität, die von Frankreich geachtet werde und durch die Verträge, im besonderen durch den König von Preußen verbürgt sei, energisch zu verteidigen. (Einstimmiger und anhaltender Beifall.)

Meine Herren, seither haben sich die Angriffe wiederholt, vermehrt und verschärft. An mehr als fünfzehn Stellen ist unsere Grenze verletzt worden. Gewehrschüsse wurden gegen unsere Soldaten und Grenzwächter

abgegeben. Es gab Tote und Verwundete. Gestern hat ein deutscher Militärflieger drei Bomben auf Lunéville geworfen.

Der deutsche Botschafter, dem wir, wie allen Großmächten, diese Vorfälle zur Kenntnis brachten, hat sie nicht in Abrede gestellt und darüber sein Bedauern nicht ausgesprochen. Dagegen kam er gestern abend zu mir, um seine Pässe zu verlangen und uns den Kriegszustand zu notifizieren, wobei er wider alle Wahrheit auf feindselige Handlungen hinwies, welche französische Flieger auf deutschem Boden im Eifelgebiet und sogar an der Eisenbahn bei Karlsruhe und Nürnberg begangen haben sollen. Hier das Schreiben, das er mir bei diesem Anlaß überreichte:

Herr Präsident,

Die deutschen Verwaltungs- und Militärbehörden haben eine gewisse Anzahl von ausgesprochenen feindseligen Handlungen festgestellt, die von französischen Militärfliegern auf deutschem Gebiete begangen wurden. Mehrere dieser Flieger haben offenkundig die belgische Neutralität verletzt, indem sie belgisches Gebiet überflogen; der eine hat versucht, Bauten bei Wesel zu zerstören, andere wurden über dem Eifelgebiet gesichtet, ein dritter hat auf die Eisenbahn bei Karlsruhe und Nürnberg Bomben abgeworfen.

Ich bin beauftragt und habe die Ehre, Ew. Exzellenz mitzuteilen, daß angesichts dieser Angriffe das Deutsche Reich sich im Kriegszustand mit Frankreich betrachtet, veranlaßt durch diese letztere Macht.

Gleichzeitig habe ich die Ehre, zur Kenntnis Ew. Exzellenz zu bringen, daß die deutschen Behörden die französischen Handelsschiffe in deutschen Häfen zurückbehalten, sie jedoch freigeben werden, wenn innerhalb 48 Stunden volle Reziprozität zugesichert wird.

Da meine diplomatische Mission hiermit beendet ist, erübrigt mir nur noch, Ew. Exzellenz zu bitten, mir meine Pässe zuzustellen und die von ihr als nützlich erachteten Maßnahmen zu treffen, um mir und meinem Botschaftspersonal, sowie dem Personal der bayrischen Gesandtschaft und des deutschen Generalkonsulats in Paris die Rückkehr nach Deutschland zu sichern.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung.  
gez. Schoen

Brauche ich, meine Herren, bei der Absurdität dieser Vorwände zu verweilen, die man als Beschwerden hinstellen möchte? Nie ist ein französischer Flieger in Belgien eingedrungen, kein einziger französischer Flieger hat, weder in Bayern noch in irgendeinem anderen Teile Deutschlands, irgendeine feindselige Handlung begangen. Die Meinung Europas hat bereits über diese erbärmlichen Erfindungen zu Gericht gegessen. (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

Gegenüber diesen, alle Gesetze der Gerechtigkeit und alle Regeln des öffentlichen Rechtes verletzenden Angriffen haben wir sofort alle nötigen



Maßnahmen ergriffen; ihre Durchführung erfolgt in strengster Methodik und absoluter Kaltblütigkeit.

Die Mobilmachung des russischen Heeres vollzieht sich ebenfalls mit bemerkenswerter Energie und unter rückhaltloser Begeisterung. (Die ganze Kammer erhebt sich. — Anhaltender allgemeiner Beifall.)

Die in der Stärke von 250000 Mann mobilisierte belgische Armee schickt sich an, von herrlicher Kampfeslust beseelt, die Neutralität und Unabhängigkeit ihres Landes zu verteidigen. (Erneuter allgemeiner und lebhafter Beifall.)

Die ganze englische Flotte ist mobilisiert und der Befehl zur Mobilmachung des Landheeres ist erlassen. (Sämtliche Abgeordnete erheben sich. — Anhaltender Beifall.)

Seit 1912 hatten zwischen dem englischen und französischen Generalstab Besprechungen stattgefunden,\* die in einem Briefwechsel zwischen Sir Edward Grey und Herrn Paul Cambon ihren Abschluß fanden. Der Staatssekretär des Äußern hat gestern abend im englischen Unterhause die gewechselten Briefe mitgeteilt, und ich habe die Ehre, im Einvernehmen mit der britischen Regierung hiermit den Inhalt dieser beiden Schriftstücke zu Ihrer Kenntnis zu bringen:

FOREIGN OFFICE

„London, den 22. November 1912

Mein lieber Botschafter!

Im Laufe der letzten Jahre haben die Generalstäbe des Heeres und der Marine Frankreichs und Großbritanniens zu wiederholten Malen ihre Ansichten ausgetauscht. Es wurde dabei immer angenommen, daß dieser gegenseitige Gedankenaustausch in keiner Weise die Freiheit der einen oder anderen Regierung beeinträchtige, in irgendeinem späteren Zeitpunkt sich darüber schlüssig zu machen, ob sie der anderen mit ihrer bewaffneten Macht beistehen soll oder nicht. Wir haben angenommen, daß ein Meinungsaustausch zwischen Fachleuten keine Verpflichtung bedeute und auch nicht als eine solche betrachtet werden dürfe, wodurch die eine oder die andere Regierung dazu genötigt werde, in einem gegebenen Falle zu intervenieren, der noch nicht eingetreten ist und möglicherweise nie eintreten wird. So beruht z. B. die gegenwärtige Verteilung der französischen und englischen Flotten nicht auf der Verpflichtung eines Zusammenwirkens in Kriegszeit.

Sie haben indessen darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn die eine oder andere Regierung ernste Gründe dafür hätte, einen Angriff ohne Herausforderung seitens einer dritten Macht zu befürchten, es für sie wesentlich würde, zu wissen, ob sie in diesem Falle auf die militärische Hilfe der anderen Macht zählen könnte.

\* Die Besprechungen setzen bereits mit dem Jahre 1906 ein. Vgl. Colonel Repington: *The First World War 1914—1918*. Vol. I, S. 1ff.

S. auch den folgenden Brief von Paul Cambon.

Ich bin einverstanden, daß, wenn die eine oder andere Regierung ernste Gründe hat, einen Angriff ohne Herausforderung seitens einer dritten Macht oder sonst einen den allgemeinen Frieden bedrohenden Vorfall zu befürchten, diese Regierung sofort mit der anderen zu prüfen hätte, ob sie nicht beide zusammen vorgehen sollten, um den Angriff zu verhindern und den Frieden zu erhalten, und in diesem Fall nach den Maßnahmen zu suchen, die sie gemeinsam zu treffen geneigt wären. Sollten diese Maßnahmen eine militärische Aktion in sich schließen, so würden sofort die Pläne der Generalstäbe in Betracht gezogen werden und die beiden Regierungen würden alsdann beschließen, welche Folge ihnen zu geben sich empfehle.

Ihr ergebener

gez. E. Grey“

Auf dieses Schreiben antwortete unser Botschafter, Herr Paul Cambon, unterm 23. November wie folgt:

„London, den 23. November 1912

Lieber Sir Edward!

Durch Ihr Schreiben von gestern, dem 22. November, haben Sie mich daran erinnert, daß in den letzten Jahren die Militär- und Marinebehörden Frankreichs und Großbritanniens sich von Zeit zu Zeit besprochen hätten; dabei sei immer angenommen worden, daß diese Besprechungen die Freiheit der beiden Regierungen nicht beschränkten, später sich darüber schlüssig zu machen, ob sie sich gegenseitig mit bewaffneter Macht beistehen wollten; diese Besprechungen unter Fachleuten seien beiderseitig nie so aufgefaßt worden und dürften nicht so aufgefaßt werden, als ob sie unsere Regierungen in gewissen Fällen zum Einschreiten verpflichten sollten; ich hätte Sie indessen darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn die eine oder andere Regierung ernste Gründe hätte, seitens einer dritten Macht einen Angriff ohne Herausforderung zu befürchten, es für sie wesentlich würde, zu wissen, ob sie auf den bewaffneten Beistand der anderen Macht zählen könnte.

Ihr Schreiben enthält die Antwort auf diese Bemerkung, und ich bin ermächtigt, Ihnen zu erklären, daß in dem Falle, wo eine unserer beiden Regierungen einen ernstesten Grund hätte, sei es den Angriff einer dritten Macht, sei es irgendeinen den allgemeinen Frieden bedrohenden Vorfall zu befürchten hätte, diese Regierung im Verein mit der anderen sofort zu prüfen hätte, ob die beiden Regierungen gemeinsam vorgehen sollten, um dem Angriff vorzubeugen oder den Frieden zu erhalten. In diesem Falle würden beide Regierungen über die Maßnahmen beraten, die sie gemeinsam zu treffen geneigt wären; sollten diese Maßnahmen eine militärische Aktion in sich schließen, so würden die beiden Regierungen sofort die Pläne ihrer Generalstäbe in Betracht ziehen und alsdann beschließen, welche Folgen ihnen zu geben sei.

Ihr ergebener

gez. Cambon“

Der Staatssekretär des Äußern hat im Unterhaus, unter dem Beifall der Abgeordneten, in schwungvollen und warmen Worten von Frankreich gesprochen, und seine Sprache hat in allen französischen Herzen schon starken Widerhall gefunden. (Lebhafter allgemeiner Beifall.) Es liegt mir sehr daran, im Namen der französischen Regierung der englischen Regierung von der Tribüne herab für ihre herzlichen Worte zu danken, und das französische Parlament wird sich dieser Gefühlsäußerung anschließen. (Erneuter anhaltender und allgemeiner Beifall.)

Der Staatssekretär des Äußern hat insbesondere folgende Erklärung abgegeben:

„In dem Falle, daß das deutsche Geschwader in den Kanal eindringen oder die Nordsee hinauffahren sollte, um die britischen Inseln in der Absicht zu umschiffen, die französischen Küsten oder die französische Kriegsflotte anzugreifen und die französische Handelsflotte zu beunruhigen, so würde das englische Geschwader eingreifen, um der französischen Flotte seinen ganzen Schutz zu gewähren, so daß von diesem Augenblicke an England und Deutschland sich im Kriegszustande befänden.“ (Erneuter anhaltender Beifall.)

Die englische Flotte deckt also von jetzt an unsere Nord- und Ostküste gegen einen deutschen Angriff.

Das, meine Herren, sind die Tatsachen. Ich glaube, in ihrer engen Verkettung genügen sie, um die Handlungen der Regierung der Republik zu rechtfertigen. Ich will immerhin aus dieser Darstellung den Schluß ziehen und die wahre Bedeutung des unerhörten Angriffs, dessen Opfer Frankreich ist, klarlegen.

Die Sieger von 1870 haben, wie Sie wissen, zu wiederholten Malen den Wunsch gehabt, die Schläge, die sie uns beigebracht hatten, zu verdoppeln. Im Jahre 1875 ist der Krieg, der das besiegte Frankreich zugrunde richten sollte, einzig durch das Eingreifen der beiden Mächte verhindert worden, mit denen uns nachher Bündnis und Freundschaftsbande verbinden sollten (allgemeiner Beifall), durch die Intervention Rußlands und Großbritanniens. (Alle Abgeordneten erheben sich. — Anhaltender Beifall.)

Seither ist es der französischen Republik durch die Wiederherstellung ihrer nationalen Kräfte und den Abschluß diplomatischer Übereinkommen, die sie immer treulich beobachtete, gelungen, sich von dem Joche zu befreien, unter das Bismarck selbst mitten im Frieden Europa zu beugen verstanden hatte.

Sie hat das europäische Gleichgewicht, den Bürgen der Freiheit und der Würde eines jeden, wieder hergestellt.

Meine Herren, ich weiß nicht, ob ich mich täusche, aber es scheint mir, als ob es dieses Werk friedlicher Wiederherstellung, der Befreiung und der Würde, das in den Jahren 1904 und 1907 unter der genialen Mitwirkung des Königs Eduard VII. von England und der Regierung der Krone endgültig besiegelt wurde (lebhafter Beifall), ist, was das Deutsche Reich heute durch einen kühnen Gewaltstreich zerstören möchte.

Deutschland kann uns nichts vorwerfen.

Wir haben dem Frieden ein Opfer ohnegleichen gebracht, indem wir die uns von Deutschland geschlagene Wunde während eines halben Jahrhunderts stillschweigend von unserer Seite ertrugen. (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

Wir haben noch in andere Opfer eingewilligt bei all den Verhandlungen, welche die Kaiserliche Diplomatie seit 1904 systematisch heraufbeschwor, sei es in Marokko, sei es anderswo, 1905 wie 1906, 1908 wie 1911.

Auch Rußland hat anlässlich der Ereignisse von 1908, wie in der gegenwärtigen Krise, eine große Mäßigung bewiesen.

Es hat, und mit ihm der Dreiverband, die gleiche Mäßigung beobachtet, als in der orientalischen Krise von 1912 Österreich und Deutschland sowohl gegenüber Serbien als gegenüber Griechenland Forderungen stellten, die, wie die seitherige Entwicklung zeigte, immerhin diskutierbar waren.

Unnütze Opfer, unfruchtbare Vergleiche, vergebliche Bemühungen, da wir und unsere Verbündeten heute mitten in der Verständigungsaktion unversehens überfallen wurden. (Anhaltender Beifall.)

Niemand kann heute in gutem Glauben uns für die Angreifenden halten. Vergeblich sucht man die heiligen Grundsätze von Recht und Freiheit, welche die Völker wie die einzelnen Menschen leiten, zu verwirren: Italien, im klaren Bewußtsein des lateinischen Genius, hat uns erklärt, daß es neutral zu bleiben gedenke. (Alle Abgeordneten erheben sich. — Anhaltender Beifall.)

Diese Entschließung hat in ganz Frankreich ein Echo der aufrichtigsten Freude gefunden. Ich habe mich zum Dolmetsch dieser Freude dem italienischen Geschäftsträger gegenüber gemacht und ihm gesagt, wie sehr ich mich glücklich schätze, daß die beiden lateinischen Schwesternationen, die denselben Ursprung und daselbe Ideal haben und auf eine gemeinsame ruhmvolle Vergangenheit zurückblicken, sich nicht im Gegensatz zueinander befinden. (Erneuter Beifall.)

Was man angreift, meine Herren — wir erklären es laut und deutlich —, das ist diese Unabhängigkeit, diese Würde, diese Sicherheit, die der Dreiverband dem Dienste des Friedens im Gleichgewicht wiedererworben hat.

Was man angreift, das sind die Freiheitsrechte Europas, deren Verteidiger zu sein Frankreich, seine Verbündeten und seine Freunde stolz sind. (Lebhafter Beifall.)

Diese Freiheitsrechte wollen wir verteidigen; denn sie sind im Spiele und alles übrige war bloß Vorwand.

Das ungerecht herausgeforderte Frankreich hat den Krieg nicht gewolle; es hat alles getan, um ihn abzuwenden. Nachdem er ihm aber aufgedrängt wurde, wird es sich gegen Deutschland und gegen jede andere Macht verteidigen, die ihre Gesinnung noch nicht kundgegeben hat und die sich an der Seite der letztgenannten Macht am Kriege zwischen den beiden Mächten beteiligen sollte. (Alle Abgeordneten erheben sich. — Beifall.)

Ein freies und starkes Volk, das einem Jahrhunderte alten Ideal treu bleibt und geschlossen zusammensteht für die Erhaltung seiner Existenz; eine Demokratie, die es verstanden hat, ihrer militärischen Kraftanstrengung die richtige Bahn zu weisen und die letztes Jahr vor neuen Lasten nicht zurückschreckte, um auf die Rüstungen des Nachbarstaates zu antworten; eine Nation in Waffen, die für ihr eigenes Dasein und für die Unabhängigkeit Europas kämpft — das ist das Schauspiel, das den Zeugen dieses furchtbaren Kampfes, der seit einigen Tagen in aller Ruhe und Ordnung sich vorbereitet, darzubieten wir uns zur Ehre machen. Wir sind ohne Fehl; wir werden auch ohne Furcht sein. (Sämtliche Abgeordnete erheben sich. — Anhaltender Beifall.)

Frankreich hat schon wiederholt unter weniger günstigen Verhältnissen bewiesen, daß es der gefürchtetste Gegner ist, wenn es, wie es heute der Fall ist, für Recht und Freiheit kämpft. (Beifall.)

Indem wir Ihnen, meine Herren, die Sie unsere Richter sind, unsere Handlungen unterbreiten, haben wir, um die Last dieser schweren Verantwortung zu tragen, den Trost eines guten Gewissens und die Gewißheit erfüllter Pflicht. (Alle Abgeordneten erheben sich. — Anhaltender Beifall.)

René Viviani